



ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ

Aus Liebe zum Menschen.

ACCORD

Austrian Centre for Country of Origin
& Asylum Research and Documentation

Afghanistan: Aktuelle Lage & Überblick über relevante Akteure; Situation gefährdeter Gruppen

Dokumentation zum COI-Webinar mit Katja Mielke und Emran Feroz am 22. Februar 2022

März 2022



Bundesministerium
Inneres



ACCORD wird vom Bundesministerium für Inneres, dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und UNHCR kofinanziert.

Afghanistan: Aktuelle Lage & Überblick über relevante Akteure; Situation
gefährdeter Gruppen

Dokumentation zum COI-Webinar mit Katja Mielke und Emran Feroz am 22. Februar 2022

März 2022

Die im vorliegenden Dokument enthaltenen Informationen gehen auf die Vorträge von Katja Mielke und Emran Feroz im Rahmen des COI-Webinars vom 22. Februar 2022 sowie auf schriftliche Unterlagen der Vortragenden zurück.

Die Dokumentation wurde von ACCORD zusammengestellt und von Katja Mielke und Emran Feroz freigegeben. Die Dokumentation erhebt weder Anspruch auf erschöpfende Behandlung der den Themenbereich umfassenden Aspekte oder Ereignisse, noch stellt er eine Meinung zum Inhalt eines bestimmten Ansuchens um Asyl oder anderen internationalen Schutz dar.

Die in diesem Bericht vertretenen Meinungen spiegeln nicht notwendigerweise die Sichtweise von ACCORD wider. ACCORD trägt jedoch die Verantwortung für Form und Stil des Berichts.

© Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD

Dieses Dokument ist in elektronischer Form auf www.ecoi.net verfügbar.

Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD
Wiedner Hauptstraße 32
A- 1040 Wien

Telefon: +43 1 58 900 – 582
E-Mail: accord@roteskreuz.at
Web: <http://www.roteskreuz.at/accord>

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Kurzbiographien der Vortragenden	3
1 Aktuelle Lage & Überblick über relevante Akteure (Vortrag Katja Mielke)	4
Zusammensetzung der Übergangsregierung der Taliban	4
Sicherheit	6
Oppositionelle Gruppen	7
Herausforderungen für die Taliban-Regierung	9
Ergänzungen zur Übergangsregierung der Taliban (Emran Feroz)	10
Fragen zu Teil 1	12
2 Situation gefährdeter Gruppen (Vortrag Emran Feroz)	20
Journalist:innen	20
Frauen und Frauenrechtsaktivist:innen	23
Minderheiten	24
Armeebedienstete, Ortskräfte und deren Angehörige	25
Fragen zu Teil 2	26
Im Text erwähnte weiterführende Quellen	34
Anhang: Folien zum Vortrag von Katja Mielke	35

Kurzbiographien der Vortragenden



Katja Mielke ist als Senior Researcher am Bonn International Centre for Conflict Studies tätig. Zu ihren Forschungsgebieten zählen unter anderem die Taliban und der Islamische Staat (IS) in Afghanistan sowie die Lage von Afghan·innen in Pakistan.

In ihrer Dissertation beschäftigte sie sich mit Lokalpolitik und Effekten von Interventionen im ländlichen Afghanistan.



Emran Feroz ist Journalist und Buchautor. Nach dem Studium der Politikwissenschaft und Islamwissenschaft arbeitet er als Autor und freier Journalist. Zuletzt berichtete er für zahlreiche internationale Medien zu Afghanistan. 2021 erschien sein jüngstes Buch *Der längste Krieg*.

Er spricht fließend Dari und Paschtu und hat durch zahlreiche Aufenthalte in Afghanistan tiefe Einblicke in die Verhältnisse im Land.

1 Aktuelle Lage & Überblick über relevante Akteure (Vortrag Katja Mielke)

Am 15. August 2021 haben die Taliban die Macht in Kabul übernommen und drei Wochen später, am 7. September - für einige Beobachter·innen sehr spät - eine Übergangsregierung mit anfänglich 33 Kabinettsposten ausgerufen. Schon zuvor hatten sie sich festgelegt, dass ihre präferierte Staatsform wiederum das Emirat sein werde. Dementsprechend heißt das Land nun wieder „Islamisches Emirat von Afghanistan“, das, wie wir wissen, bislang keine internationale Anerkennung erfahren hat. Aufgrund dieser Parallelen herrscht vor allem in den Medien und bei internationale Beobachter·innen nach wie vor sehr stark die Tendenz vor, immer von „den Taliban“ zu sprechen.

Zusammensetzung der Übergangsregierung der Taliban

Auf meiner zweiten Folie (siehe Anhang) sehen Sie eine Grafik aus der vorletzte Publikation des [Congressional Research Service](#) vom November 2021, die einen Ausschnitt des Kabinetts mit einigen der wichtigsten Personen, die in diesem Emiratskabinett zu Interim-Machthabern, Kabinettsposten-Inhabern und Ministern benannt wurden, zeigt. Man muss allerdings dazu sagen, dass es nach dem 7. September 2021 noch einmal Ende September eine Ergänzung gab, mit der das Kabinett, das nun offiziell 53 Personen umfasst, vervollständigt wurde. In dieser zweiten Ernennungsrunde wurden dann eben auch Nicht-Paschtunen berücksichtigt, weil der Vorwurf an dieses Kabinett war und ist nach wie vor, dass es nicht divers sei. Das Kabinett ist zuallererst männlich dominiert, es ist keine Frau in diesem Kabinett, es sind eigentlich alle Mitglieder Anhänger bzw. Mitglieder der Taliban-Bewegung. Was die internationale Gemeinschaft gefordert hatte, war dieses Kabinett inklusiv zu gestalten, nicht nur durch die Anwesenheit von Frauen, sondern auch von ethnischen Minderheiten. Dem sind die Taliban in Ansätzen nachgekommen. Und zwar sind mit dieser zweiten Ernennungsrunde vier Tadschiken eingerückt, zwei Usbeken, ein Turkmene, ein Mitglied der schiitischen Minderheit der Hazara, die mutmaßlich 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen, ein Nuristani und ein Hodscha. Das ist sicherlich ein kleines Signal, vor allem des Willens, dass man hier vielleicht in der Zukunft auch eine inklusivere Regierung anstrebt. Aber wie ernst das gemeint ist, das wissen wir zu diesem Zeitpunkt nicht.

Der Emir an der Spitze, Hibatullah Achundsada, gilt als der geistige Führer. Das Emirat kommt als Staatsform einer Theokratie, in der es einen obersten geistlichen Führer gibt, der sich aus dem Tagesgeschäft eigentlich ziemlich zurückzieht und damit auch nicht wirklich betraut ist, sondern es dem Premierminister und seinem Kabinett überlässt, sehr, sehr nahe. Dieser Hibatullah Achundsada war seit 2016 der Führer der Taliban, nachdem sein Vorgänger Mansour durch eine amerikanische Drohne auf dem Moped auf dem Weg aus dem Iran zurück nach Pakistan erschossen wurde. Das heißt, er war der unangefochtene Führer der Aufstandsbewegung und ist jetzt der unangefochtene Führer des politischen Systems. Was wir hinsichtlich der aktuellen Zusammensetzung der Regierung sehen wird von den meisten eher als ein Signal an die Taliban nach innen bewertet. Das heißt, das Kabinett ist „Taliban-intern inklusiv“. Es ist ein Signal an die ganzen Fraktionen, die es innerhalb der Taliban gibt, in Richtung sozialer Kohäsion. Das heißt, die Taliban, das ist mittlerweile in gewisser Weise eine Binsenweisheit, sind keine homogene Gruppen und waren das auch nie. Es gab immer

diverseste Fraktionen. Es gibt Konflikte zwischen der Zentrale und lokalen Taliban-Kommandeuren. Es gibt Konflikte zwischen den geistigen Führern bzw. den eher orthodox, stark an der Ideologie Orientierten und jenen, die vor allem aus dem politischen Büro stammen, die man vielleicht auch als „Pragmatiker“ bezeichnen könnte.

Diese Tendenzen bzw. diese Aufgabenteilung spiegeln sich auch in der zweiten Zeile der Grafik wider, was den Premierminister und seine beiden Stellvertreter betrifft. Mohammad Hassan Achund ist Premierminister. Abdul Ghani Baradar, der ein Talib ist, der eigentlich schon sehr früh sehr moderate Töne angeschlagen hat, ist einer seiner Stellvertreter. Wenn ich sehr früh sage, dann müssen wir zurückgehen in die 2010er Jahre. 2010, bevor Abdul Ghani Baradar von der pakistanischen Regierung verhaftet wurde, erklärte er sich als einer der ersten tatsächlich auch für Gespräche mit der afghanischen Regierung bereit, um den Konflikt zu beenden. Er gilt grundsätzlich als sehr einflussreich in der Quetta-Schura der Taliban. Abdul Ghani Baradar wird aktuell als eine eher versöhnliche, offene Kraft und Person dargestellt, wenn man das so benennen kann. Abdul Ghani Baradar hatte auch das politische Büro in Doha geleitet.

Auf der anderen Seite haben wir den ehemaligen stellvertretenden Bildungsminister Abdul Salam Hanafi. Hanafi ist der prominenteste Nicht-Paschtune hier in der Grafik. Er ist der zweite stellvertretende Premierminister und hatte auch einen Posten in der Vorgängerregierung.

Die Stelle, an der wirklich eine gewisse Gewalt- und auch ein Kohäsionsteilung innerhalb der Taliban erkennen ist, ist in dieser Grafik in der darunterliegenden Zeile. Die Grafik ist allerdings nur sehr beispielhaft, das Kabinett ist ja mit 53 Personen sehr groß. Die Grafik bildet aber die wichtigsten und unter anderem auch umstrittensten Kabinettsmitglieder ab, so beispielsweise den Innenminister Siradschuddin Haqqani, der das innerhalb der Taliban sehr einflussreiche Haqqani-Netzwerk repräsentiert.

Bezüglich des Haqqani-Netzwerks ist die oft angeführte Unterscheidung zwischen afghanischen und pakistanischen Taliban zu erwähnen. Die Haqqanis sind eigentlich schon seit den 70er-Jahren in Pakistan basiert, haben dann aber auch im Zuge der Entwicklungen seit 2001 immer sehr variantenreich auf der Seite der afghanischen Taliban gekämpft. In Bezug auf das Ausmaß, in dem sie sich selbst als afghanische Taliban sehen bzw. durch ihre Nähe zu den pakistanischen Taliban und teilweise auch zu Al-Qaida, gibt es allerdings immer Spekulationen darüber, wo die Loyalitäten der Haqqanis liegen. Auf jeden Fall sind sie aber allein aufgrund ihrer Erfahrung und ihrer Möglichkeiten Finanzströme für die Taliban-Bewegung zu mobilisieren, sehr einflussreich. Und sie hatten auch einen starken Anteil an der Landnahme der Taliban in den letzten Jahren. Siradschuddin Haqqani und sein Vater haben diesen Flügel innerhalb der „Umbrella-Taliban-Bewegung“ mit der Miran Shah Schura besetzt. Innerhalb der Taliban-Bewegung gab es die Miran Shah Schura, die Quetta- und die Peschawar Schura.

Ein anderes Kabinettsmitglied, auf das ich noch eingehen möchte, ist neben Siradschuddin Haqqani links in der Grafik zu sehen, der Verteidigungsminister Mohammad Yaqoob. Er ist der älteste Sohn von Mullah Omar und könnte quasi qua Abstammung auch Anspruch auf eine noch bedeutendere Rolle innerhalb der Taliban erheben und auch innerhalb der neuen Regierung. Dem ist man jetzt praktisch durch den Posten als Verteidigungsminister zugekommen.

Dann haben wir in der Grafik noch den Außenminister, Amir Khan Muttaqi. Er war auch schon in der vorherigen Taliban-Regierung Informations- und Kulturminister, ein nicht zu unterschätzender Posten, wenn man bedenkt, wie die Taliban in den letzten Jahren ihre Medienstrategie professionalisiert haben.

Wichtig zu erwähnen ist, dass viele dieser Personen, die ich jetzt hier besonders hervorgehoben habe, tatsächlich mit internationalen Sanktionen belegt sind. Sowohl auf dem Premier als auch auf seinen beiden Stellvertretern lasten internationale Sanktionen. Und das gilt auch noch für eine Reihe anderer Minister. Bekannt ist in diesem Zusammenhang natürlich Siradschuddin Haqqani, der international als Terrorist gesucht wird und auf den von der US-Regierung 10 Millionen US-Dollar Kopfgeld ausgesetzt wurden.

Wenn man sich die Regierung anschaut, zeigt allein die Zahl der besetzten Posten (diese Regierung ist größer als die vorherige Regierung!), dass die Besetzung durch das Bestreben, hier tatsächlich Posten zu verteilen und Interessen zu befriedigen, motiviert war. Und das geht natürlich unheimlich schlecht mit der Idee einher, den qualifiziertesten Kandidaten auf einen Posten zu berufen. Das heißt, wir haben das Dilemma, dass viele dieser berufenen Personen einfach Mawlawis oder Mullahs sind, die sich vielleicht im Zuge des Kampfes in den letzten Jahren unheimlich gut hervorgetan haben, aber eigentlich fachlich für die Aufgaben, die da jetzt in ihre Ressorts fallen, nicht unbedingt geeignet sind. Doch davon ist der Erfolg dieses ganzen Unternehmens „Übergangsregierung“, Governance und so weiter natürlich stark abhängig. Es stellt sich die Frage, inwiefern die Taliban bisher in der Lage waren bzw. zukünftig in der Lage sein werden, tatsächlich fachlich kompetente Personen aus der Vorgängerregierung zu übernehmen und auch in der Regierung zu halten.

Sicherheit

Als nächstes möchte ich kurz auf das Thema Sicherheit eingehen. Ich beziehe mich hier auf den [SIGAR-Bericht](#), den ich sehr, sehr empfehlenswert finde. Ende Januar kam der erste Quarterly Report 2022 heraus, in dem neben den ganzen „Oversights“ über die Ausgaben der US-Regierung in Afghanistan auch noch einmal eine Einschätzung und Informationen hinsichtlich der neuesten Ereignisse zusammengetragen werden. Die Grafik auf der Folie (siehe Anhang) verdeutlicht, wie stark sich die sicherheitsrelevanten Vorkommnisse mit dem Machtantritt der Taliban tatsächlich verringert haben. Die Zahl ist zwar nicht ganz auf null zurückgegangen, die kleinen grauen Pünktchen in der Grafik verdeutlichen die Zahl der Sicherheitsvorfälle. Und man sieht, dass die Anzahl sicherheitsrelevanter Vorkommnisse nach der Einnahme von Kabul, die ja auch weitgehend gewaltfrei war, sehr, sehr stark zurückgegangen ist. Die Taliban haben die Gewalt oder den Krieg bei ihrem Machtantritt für beendet erklärt.

Ganz konkret in Zahlen sind es 87 Prozent, um die die Gewalt schon allein bis Ende letzten Jahres zurückgegangen ist. Natürlich hat man, gerade bis Ende letzten Jahres, dennoch sehr viel von Anschlägen gehört. Darunter fallen auch teilweise sehr komplexe Anschläge des IS in Afghanistan. Doch auch diese sind seit Anfang dieses Jahres bzw. Ende letzten Jahres weniger geworden. Die Orte, an denen sie aufgetreten sind (also die primären Ziele des IS) waren vor allem schiitische Gebetshäuser, Moscheen. Da gab es immer wieder große Vorfälle in Kunduz, in Kandahar oder auch in Kabul. Das zweite Ziel der IS-Milizen sind vor allem Taliban-Sicherheitskräfte. Und hier scheint es vermehrt zu Anschlägen zu kommen, obwohl es den

Taliban, als sie Kabul eingenommen haben, ja gelungen war, einige der zentralen IS-Figuren aus dem Verkehr zu ziehen.

Die Gewaltvorfälle, die aktuell nach wie vor stattfinden, sind einerseits Gewaltakte gegen Zivilist:innen, ehemalige Staatsbedienstete, Menschenrechtler:innen und Frauen, dann Gewalt gegen Taliban und wiederum Gewalt seitens der Taliban gegen Aufständische. In diesem bereits erwähnten SIGAR-Bericht ist es sehr spannend in einer derartigen Eindeutigkeit artikuliert zu sehen, wie stark die US-Wahrnehmung der Argumentation der Taliban entgegenkommt und diese quasi unterstützt. Diese Wahrnehmung steht natürlich in krassem Gegensatz zu der von Human Rights Watch und anderen Menschenrechtsorganisationen, weshalb ich das auf meiner Folie „Human Rights Watch versus Taliban und US Department of State“ betitelt habe. Wir hören aus Afghanistan, dass es, nachdem die Taliban die Amnestie für ehemalige Staatsbedienstete, Regierungsangehörige, Mitglieder der Sicherheitsbehörden und so weiter erlassen bzw. verkündet hatten, dennoch immer wieder zu Vorfällen gekommen ist, die sich speziell gegen diese Personen richten. Viele von diesen halten sich nach wie vor versteckt, während die Taliban diese Personen aufgerufen haben, sich zu registrieren. Die Taliban geben an, jene Personen, die sich registrieren, nicht weiter zu verfolgen. Wobei sie sich dadurch vorbehalten, diejenigen, die sich nicht registrieren, aufzusuchen. [Human Rights Watch](#) hatte ja schon allein bis Ende letzten Jahres festgestellt bzw. nachgewiesen, dass es mehr als hunderte von Fällen gab, bei denen tatsächlich Personen in den Provinzen verfolgt und durch die Verfolgung der Taliban zu Tode gekommen sind. Demgegenüber heißt es seitens der Taliban, dass das lediglich Einzelfälle (bzw. „persönliche Rachefeldzüge“) seien und diese auf ihr teilweises Unvermögen, niedrigere Ränge, lokale Kommandeure, die autonom regieren und agieren, auf Linie zu bringen, zurückzuführen seien. Das heißt, hier steht eine Interpretation gegen die andere. Die Taliban haben zudem eine Kommission zur Untersuchung von solchen Gewaltübertritten und Menschenrechtsverletzungen eingerichtet. Eine derartige Kommission gab es auch schon zuvor, nun handelt es sich aber um eine Regierungskommission, eine Art „Säuberungskommission“. In diesem Zusammenhang sollen die Taliban schon eine Menge Leute aus ihren eigenen Reihen auch tatsächlich festgenommen und verurteilt haben. Angeblich haben sie bereits mehr als 200 Personen aus ihren eigenen Reihen ausgeschlossen und untersuchen diese Fälle weiter, so zumindest die Darstellung der Taliban.

Oppositionelle Gruppen

Akteure, die es dann auch noch zu berücksichtigen gilt, sind jene Gruppierungen, die als aufständische Gruppen bezeichnet werden, also einerseits der IS und möglicherweise auch tatsächlich Oppositionssprengel, die sich gegen die Taliban formiert haben. Anschläge dieser Gruppen gibt es mittlerweile anscheinend mehr, es gibt jede Woche Tote unter den Sicherheitskräften der Taliban. Und was es dann wiederum auch gibt, ist Gewalt der Taliban gegen (neue) Aufständische, also quasi der „counter move“. Die Taliban greifen dafür auf ihre Spezialkräfte, ihre „roten Einheiten“, zurück, die einerseits sowohl für diese Säuberung in den eigenen Reihen zuständig sind und andererseits auch dafür, den IS zu bekämpfen. Was die Zahl verübter Anschläge und das Vermögen des IS betrifft, komplexe Anschläge auszuführen, sind die Taliban in ihrer Unterdrückungsstrategie ziemlich erfolgreich. Auf der anderen Seite gibt es aber auch sehr viele Berichte, dass das Vorgehen der Taliban teilweise sehr stark an das Vorgehen der US- und afghanischen Spezialkräfte erinnert, vor allem in Bezug auf sogenannte

Counter-Terrorismus-Methoden wie nächtliche Hausdurchsuchungen. Aufgrund dieses teilweise undifferenzierten Vorgehens gegen den IS geraten allerdings auch sehr viele Personen, die beispielsweise nur Salafisten sind, aber nicht die dschihadistische Agenda des IS teilen, in das Visier der Taliban. Und das lässt einige Expert-innen spekulieren, dass sich die Taliban durch ein derartiges Vorgehen auch ihrer grundlegenden, vielleicht teilweise vorhandenen Basislegitimation berauben.

Was generell die Opposition betrifft, denke ich, kann man sich auf zwei Gruppen konzentrieren, die ich beide schon genannt habe: den Islamischen Staat und die Anti-Taliban-Front. Zweitere hat sich offiziell den Namen „Nationale Widerstandsfront Afghanistans“ gegeben, und formiert sich um Ahmad Massoud, den Sohn des ehemaligen Nordallianz-Kommandeurs Ahmad Schah Massoud. Ahmad Schah Massoud hatte sich sowohl im Widerstand gegen die Sowjets als auch im Bürgerkrieg bis 1996 und ab 1996 auch im Kampf gegen die Taliban einen Namen gemacht und wurde am 9. September 2001 angeblich von durch Al-Qaida beauftragten, als Journalisten getarnten Terroristen getötet. Ahmad Massoud und diese nationale Widerstandsfront sind hauptsächlich Tadschiken und andere Personen nicht-paschtunischem Hintergrunds. Ismail Khan, der ehemalige Gouverneur und Warlord aus Herat, der nach der Machtübernahme der Taliban in den Iran gegangen ist, gehört zum Beispiel auch dazu.

Nach der Einnahme von Kabul hatte sich diese Opposition im Pandschschir-Tal zurückgezogen, was ja damals auch das Rückzugsgebiet der Nordallianz und nicht von den Taliban erobert worden war. Nach dem 15. August hoffte man wohl auf einen ähnlichen Effekt. Es war Ahmad Massoud, der sich auch über die Presse an die internationale Öffentlichkeit und Regierungen wandte und sie bat, ihnen Waffen zu liefern, damit sie noch lange aushalten könnten. Das war vergebens, weil sich unter anderem auch innerhalb des Landes nicht besonders viele Leute - nicht einmal von denen, von denen man es vielleicht noch hätte erwarten können, wie beispielsweise Angehörige der Sicherheitskräfte - auf diese Seite des Widerstands geschlagen haben. Das war meiner Interpretation zufolge vor allem deshalb der Fall, weil gerade diese Leute und diese Gruppen, für die auch Ahmad Massoud, Ismail Khan, Dostum und so weiter stehen, in den Augen der Bevölkerung in den letzten 20 Jahren sehr, sehr stark auf ihre Kosten gelebt haben: Korruption, Intransparenz, sich bereichert haben, ohne dass der einfache Afghane, die einfache Afghanin davon irgendwie profitiert hätten. Das heißt, die Opposition hat im Pandschschir-Tal nicht standgehalten und ihre Mitglieder haben sehr bald das Land verlassen, mutmaßlich in Richtung Tadschikistan.

Im Januar 2022 haben Gespräche mit Vertretern der Opposition und den Taliban im Iran stattgefunden und es gab eventuell auch in Moskau Kontakt, worüber es immer wieder Gerüchte gibt, die offiziell aber dementiert werden. Was mit dieser Opposition in Verbindung gebracht wird, ist die Verstärkung der Verteidigungskräfte, also der Taliban-Armee an der Nordgrenze. Hier wird gemunkelt, dass dies unter anderem damit zu tun haben könnte, dass die Opposition um Ahmad Massoud, die in Tadschikistan, ganz besonders auch im tadschikischen Präsidenten einen wichtigen Unterstützer hat, eine Frühjahrsoffensive planen könnte und dass die Taliban dem mit einer Verstärkung der Grenzposten zuvorkommen wollen.

In Bezug auf die Rolle des IS in Afghanistan wird aktuell auch gemutmaßt, dass der Islamische Staat nicht nur für Taliban, die mit dem jetzigen Kurs der Taliban als Regierung nicht unbedingt

einverstanden sind, attraktiv sein könnte, sondern auch eine Art Sammelbecken für ehemalige staatliche Sicherheitskräfte, Angehörige des Geheimdienstes etc. sein könnte. Diese Personen teilen nicht die Ideologie des IS, aber sehen im IS ein Instrument, um wiederum die Taliban zu bekämpfen. Das sind allerdings nur Beobachtungen, das wird man weiter im Blick behalten müssen.

Herausforderungen für die Taliban-Regierung

Zum Thema Regierungsführung ist noch zu sagen, dass der oberste Führer, Achundzada, schon Ende Oktober darauf hinwies, dass es eine zentrale Herausforderung sei, das Land zu regieren und Kohäsion und Disziplin in den eigenen Reihen zu erwirken. Man darf ja nicht vergessen, dass die Taliban in den letzten 20 Jahren eine militärische Aufstandsbewegung dargestellt haben und sich vor allem als Kämpfer profiliert und Ressourcen, Finanzen, Waffen und Unterstützung vor allem aufgrund ihrer Erfolge auf dem Schlachtfeld mobilisiert hatten. Die Herausforderung ist jetzt die Transition zu einer Regierung mit einer politischen Programmatik zu schaffen. Für mich persönlich war im Laufe meiner Recherchen zum Buch „[Taliban: Geschichte, Politik, Ideologie](#)“ - neben eben dieser vorherrschenden Wahrnehmung, dass die Taliban vor allem eine militärische Bewegung sind - auch noch einmal ein Augenöffner, wie stark und wie ausdifferenziert zivile Strukturen der Taliban in den von ihnen beherrschten Gebieten schon waren. Also es gibt dort Anknüpfungspunkte, was zum Beispiel die Bildungspolitik betrifft oder auch die Gesundheitspolitik und so weiter. Da gab es in Ansätzen teilweise schon eine gewisse Programmatik. Aber auch das muss man weiter beobachten.

Auf meinen Folien habe ich noch ein Bild, das angeblich Siradschuddin Haqqani zeigt, als er Al Jazeera vor wenigen Wochen ein Interview gegeben hat. Und das Interessante ist, dass sein Gesicht nicht gezeigt wird und das Video dazu ist auch nicht auffindbar, es gibt nur Screenshots und Medien, die das Interview zitieren. Ich bin im Zuge meiner Vorbereitung darauf gestoßen und dachte mir, das sagt einfach schon viel aus, wenn wir einen Innenminister haben, der zwar bemüht ist, international aufzutreten und international auch tatsächlich für die Anerkennung Afghanistans zu werben, sich dann aber lediglich so darstellen lässt. Das scheint mir kein großes Selbstvertrauen in die Nachhaltigkeit der Bewegung oder der aktuellen Regierung als solches zu signalisieren. Wobei ich vielleicht dazu sagen muss, dass es ja tatsächlich dezidiert eine Übergangsregierung sein soll, obwohl wir natürlich im Dunkeln gelassen werden, wie lange dieser Übergang dauert und zu was es eigentlich ein Übergang ist. Also es ist wahrscheinlich in erster Linie ein Signal der Taliban, um uns zu sagen, dass ihnen klar ist, dass das jetzt noch nicht die idealtypische Regierungsanordnung ist. Sie ist nicht inklusiv, sie ist nicht dies und sie ist nicht das.

Eine besonders große Herausforderung ist jetzt die humanitäre Krise in Afghanistan. Darüber kann man aktuell jeden Tag in der Zeitung lesen: von einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts bis zu 30 Prozent, von mehr als 50 Prozent der Afghan:innen, die tatsächlich hungern, von extremer Bargeldknappheit. Löhne wurden lange nicht gezahlt und dann auch nur vereinzelt. Gleichzeitig hat die Währung Stabilitätsverluste erlitten, die Preise sind gestiegen. Und das alles in diesem Winter, das ist eine sehr große Herausforderung, auch wenn die internationale Gemeinschaft den humanitären Nothilfe-Modus in Gang gesetzt hat und versucht, über multilaterale Trust-Fund-Formate wie über UNICEF, das Welternährungsprogramm und andere

Gelder in Millionenhöhe ins Land zu bringen. Aber diese Millionen erreichen nicht die Masse. Das Wichtige ist, dass aufgrund des Umstands, dass die Regierung nicht offiziell anerkannt ist, diese ganzen Interaktionen eben nicht über die Regierung laufen dürfen und sollten, sondern das jetzt zum Beispiel gerade UNICEF dabei ist, alle Lehrer·innen im Land zu registrieren, um ihnen dann direkt die Gehälter über lokale Partner zahlen zu können.

Letztendlich, um zum Abschluss zu kommen, noch ein paar Gedanken zur Frage, die ja immer gestellt wird: Haben sich die Taliban verändert? Wenn Sie jetzt hier heute dazu gekommen sind, um sich hier ein abschließendes Meinungsbild zu holen, dann kann ich das leider auch nur so weit bedienen, dass ich darauf hinweise, dass sehr, sehr viele Sachen weiterhin unklar sind, und weiter beobachtet werden müssen. Wir sehen auf der einen Seite bestimmte Kontinuitäten, auch innerhalb der Taliban. Das sind ihre Positionen, beispielsweise ihre Ablehnung von äußerer Einmischung, dass sie keine vom Ausland beeinflusste Regierung wollen, dass sie sich tatsächlich in ihrer Agenda - anders als der Islamische Staat, anders als Al-Qaida, anders als die Islamische Bewegung Usbekistans und andere dschihadistische Akteure - einfach nur auf Afghanistan, das Territorium innerhalb der Grenzen Afghanistans fokussieren und keine andere islamistische Agenda verfolgen. Dann haben sich die Taliban aber sicherlich auch in dem Sinne gewandelt, dass sie allein seit der Eröffnung des politischen Büros der Taliban in Doha 2013 unheimlich viel internationale Erfahrung im diplomatischen Umgang gesammelt haben. Das hatten sie bis 2001 eben nicht. Ihr Umgang mit und ihre Nutzung von Medien ist sehr professionell geworden und ihre Einstellung zu Unterstützung und Hilfe durch internationale Organisationen und auch zu Zusammenarbeit mit den USA in diesem Bereich ist nun positiv. Noch ist unter anderem unklar, wie diese Gewaltakte und Repressionen, die wir teilweise beobachten, einzuordnen sind, also inwiefern die nicht einfach gebilligt werden und dann vielleicht auch eine Systematik annehmen. Das betrifft natürlich ganz besonders die Rechte von Frauen, Mädchen, aber auch die von vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren, Journalist·innen etc. Auch die Regierungsaufstellung der Taliban oder beispielsweise die Inkorporation der Haqqanis in die Regierung lässt Fragen hinsichtlich deren Überschneidungen und ideologischen Überlappungen, aber auch personellen Überlappungen sowohl mit Al-Qaida als auch dem IS offen. Siradschuddin Haqqani war kürzlich auch wieder ein zentraler Akteur für den pakistanischen Staat, in dessen Verhandlungen mit den pakistanischen Taliban, die jedoch gescheitert sind. Das heißt, eine ganze Menge ist leider aktuell noch unklar.

Ergänzungen zur Übergangsregierung der Taliban (Emran Feroz)

Eine Ergänzung zu dieser Taliban-Grafik, die wir zu Beginn gesehen haben: Da stand bei einigen, also bei Mullah Yaqoob, Muttaqi und anderen noch „Herkunft: unknown“. Das sind aber tatsächlich auch alles Paschtunen aus der Kandahar- oder Paktia-Region, also aus dem Südosten des Landes. Und das spiegelt auch diese unter vielen Afghan·innen vorherrschende Wahrnehmung wider, dass es sich bei den Taliban vor allem um eine paschtunische Gruppierung handelt und dass hinsichtlich anderer Ethnien keine Inklusion präsent ist. Das hat verschiedene Gründe und man muss auch bedenken, dass die Taliban selbst diese ethnische Wahrnehmung oftmals gar nicht in der Form haben, wie das oft von außen auf sie projiziert wird. Und man muss auch mitdenken, dass regional gesehen ihr Rekrutierungsgebiet hauptsächlich die paschtunischen Gebiete Afghanistans waren. Aber es ist natürlich auch Teil

ihrer Strategie, sich ganz bewusst als intra-afghanisch darzustellen und auch verschiedene Nicht-Paschtunen in den Vordergrund zu rücken. Aber die Kritik bleibt natürlich weiterhin.

Und was auch problematisch ist und was zumindest von vielen Beobachter:innen und Kritiker:innen in den letzten Wochen und Monaten angemerkt wurde, ist, dass nun vor allem die Erben bekannter Talibanführer in den Vordergrund treten. Da stellt sich natürlich die Frage, was genau sie eigentlich qualifiziert, abgesehen von ihrer Blutlinie. Das betrifft zum Beispiel aktuell Anas Haqqani, der auch Teil der Haqqani-Familie ist, also der prominenten Haqqani-Familie. (Man darf das nicht verwechseln: Haqqani ist kein Familienname, sondern ein Titel, den man bekommt, wenn man dieses deobandische Bildungsinstitut, also die Haqqania in Pakistan aufsucht. Und viele Taliban waren eben dort, weshalb sie diesen Zusatznamen haben.) Genauso auch im Fall von Mullah Yaqoob, dem Sohn von Mullah Omar, der jetzt zwar diesen Posten des Verteidigungsministers hat, aber in den letzten Jahren eigentlich nicht wirklich präsent war. Man hat nicht viel von ihm gesehen, eigentlich hat man gar nichts von ihm gesehen. Und sehr viele Afghan:innen waren jetzt auch überrascht, ihn plötzlich in dieser Position zu sehen.

Auch noch erwähnenswert ist die Rolle des vorherigen Talibanführers Mullah Akhtar Muhammad Mansour, der nicht erschossen wurde, sondern durch einen Drohnenangriff getötet wurde. Ich habe damals sehr ausführlich darüber geschrieben, vor allem auch über die Familie des Taxifahrers, der ihn damals in Quetta in Pakistan unwissentlich gefahren hat. Ich persönlich stelle mir oft die Frage, wie die Taliban wohl heute agieren würden, wenn Mullah Mansour am Leben wäre und eben nicht durch Hibatullah Achundsada ersetzt worden wäre. Weil Mullah Mansour, das wird oft vergessen in diesen Tagen, eigentlich ziemlich umtriebiger und viel unterwegs war. Man hat es auch daran gemerkt, dass er eben aus dem Iran kommend in Pakistan durch einen Drohnenangriff getötet wurde. Der Iran hat das damals offiziell dementiert und wollten damit nichts zu tun haben. Aber es war ein offenes Geheimnis, dass Mullah Mansour neben seiner Taliban-Tätigkeit auch ein Geschäftsmann war, der auch in anderen islamischen Staaten unterwegs war, auch in der Golfregion vernetzt war und eine gewisse Weltsicht hatte, die sich auf jeden Fall unterschieden hat von der eines Achundsadas, der eigentlich abgesehen von Afghanistan und höchstens Pakistan nicht viel von der Welt gesehen hat und ein extrem traditionelles Mullah-Dasein hatte und weiterhin hat; er zeigt sich ja bis heute nicht. Mullah Mansour hatte auch in den 90er-Jahren einen führenden Posten innerhalb der Taliban-Regierung inne und hat sich da auch oft für die damaligen Verhältnisse pragmatischer gezeigt. Er hat zum Beispiel darauf hingewiesen, dass man mit den ehemaligen Regierungsangestellten zusammenarbeiten müsste und es auch egal sei, wenn diese Personen Teil des kommunistischen Regimes gewesen seien. Die Kommunisten waren ja auch bis 1992 in Kabul an der Macht und galten unter den Islamisten, nicht nur unter den Taliban, sondern auch unter den anderen Mudschaheddin-Gruppen, die zuvor regiert hatten, als gottlos. Es war Mullah Mansour, der gesagt hat: „Holt mir all die Ingenieure, die noch im Land sind. Wir müssen einiges auf die Reihe bringen. Es ist mir völlig egal, an was sie glauben und welcher Partei sie angehört haben. Wir müssen hier pragmatisch sein.“ Und dieser Pragmatismus fehlt nun vor allem auf Seiten der jetzigen Taliban-Führung, meines Erachtens nach.

Es sind vor allem die Haqqanis, die viel zu sagen haben. Die Haqqanis beanspruchen ein sehr großes Stück vom „Kuchen“, weil sie ihrer Meinung nach in den letzten 20 Jahren viel gekämpft

haben, viele Opfer gebracht haben. Wir müssen bedenken, dass die meisten dieser ganzen „complex attacks“, die in den letzten Jahren auch in Kabul stattgefunden haben, brutale Selbstmordattentate, Bombenanschläge und so weiter, vor allem auf die Logistik der Haqqanis zurückzuführen sind. Und auch ansonsten galten die Haqqani-Kämpfer auf dem Schlachtfeld als sehr effektiv und dementsprechend präsent sind sie jetzt. Das führt auch unter vielen Afghan-innen zu Irritationen, weil während der sogenannten Friedensgespräche zwischen den Amerikanern und der politischen Delegation der Taliban in Katar in den letzten Jahren vor allem jene politische Delegation um Mullah Baradar sehr präsent und auch medial präsent war. Und das war meines Erachtens auch einer der Gründe für die Annahme nicht weniger Afghanen und Afghaninnen, dass diese Taliban sich mittlerweile verändert haben und irgendwie weltoffener und pragmatischer geworden sind. Ich denke, bei diesem politischen Flügel kann man das sehr wohl behaupten.

Es gab auch vor kurzem einen lesenswerten Bericht des Afghanistan Analyst Network über jene politischen Taliban-Eliten, die in den letzten Jahren im Ausland gelebt haben und auch ihre Töchter in Schulen oder in Universitäten geschickt haben, und zwar in säkularen Bildungseinrichtungen in Katar oder anderswo. Hier hat in der Weltanschauung dieser Menschen anscheinend eine Veränderung stattgefunden, während innerhalb Afghanistans für Mädchen oder junge Frauen der Gang zur Schule weiterhin erschwert wird oder komplett untersagt wird. Und in diesem Zusammenhang ist es eben erwähnenswert, dass die Akteure, die in Katar den Deal mit den Amerikanern ausgehandelt haben, immer mehr in den Hintergrund getreten sind. Anscheinend gibt es auch Unstimmigkeiten, die leider in der Berichterstattung über die Thematik zum Teil falsch oder übertrieben dargestellt wurden. So hat man zum Beispiel Sachen gehört, dass irgendein Haqqani Mullah Baradar über den Haufen geschossen und ermordet haben soll. Das waren allerdings Fake News, die vor einigen Monaten verbreitet wurden. Fake News spielen generell eine große Rolle, was es für manche dann oft schwierig macht, das Ganze ordentlich zu analysieren. Ja, aber dieser Teil, diese politischen Taliban, die auf der Weltbühne aktiverer und präsenter waren, sind eben in den Hintergrund gerückt, während Hardliner jetzt mehr das Sagen haben. Und Personen wie der Taliban-Innenminister Siradschuddin Haqqani oder sein Onkel Khalil Rahman Haqqani, der Minister für Geflüchteten-Angelegenheiten, sind für viele Bewohner Kabuls, Männer, mit denen sie nicht viel anfangen können, also Männer, die sie in erster Linie mit brutalen Attentaten, Bombenanschlägen etc. in Verbindung gebracht haben und weiterhin bringen. Und es ist sehr paradox zu sehen, wie sich diese Männer jetzt zum Teil in jenen Hotels versammeln, die sie noch vor einigen Jahren angegriffen haben.

Fragen zu Teil 1

Inwieweit genießen die Haqqanis Rückhalt in der afghanischen Bevölkerung?

Emran Feroz: Na ja, man muss bedenken, dass die Haqqanis aus dem Zadran-Stamm der Paschtunen, die hauptsächlich in der Region Paktia und Paktika vorzufinden sind, abstammen. Das Heimatdorf der Haqqanis liegt im Distrikt Gardda Zarrai, im Grenzgebiet zwischen den Provinzen Khost und Paktia. In diesen Gebieten, also im Südosten Afghanistans, der

hauptsächlich von Paschtun·innen bewohnt wird und eben auch von den Stammesangehörigen der Haqqanis, gab es natürlich in den letzten Jahren und gibt es auch weiterhin einen gewissen Rückhalt. Allerdings ist das natürlich nicht auf die gesamte afghanische Bevölkerung umzulegen. Das ist ja, wenn man die Größe Afghanistans in Betracht zieht, ein kleiner Fleck. Und dieser Kreis aus diesem kleinen Fleck hat jetzt schon sehr viel zu sagen, auch im gesamten Sicherheitsapparat und in Kabul auch andere Schlüsselposten inne. Es ist außerdem einerseits so, dass diese Haqqanis, so wie viele andere Taliban auch, jahrelang nicht (offen) in Kabul waren, und andererseits so, dass die Menschen in Kabul auch teilweise ein verzerrtes Bild von diesen Leuten hatten. Also viel dachten zuallererst einmal, dass das alles gar keine Afghanen, sondern Pakistaner oder irgendwelche anderen Ausländer sind. Das stimmt natürlich nicht. Ich habe auch oft, wenn ich Talibankämpfer in irgendwelchen Provinzen getroffen hab, während des Gesprächs zu hören bekommen: „Ja, was denkst du denn? Die Menschen in Kabul, die denken, wir fressen sie auf, nicht wahr? Aber wir sind doch ganz nett und normal, oder nicht?“ Also da gab es natürlich schon auch verzerrte Wahrnehmungen und eine Distanz, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten entwickelt hatte. Aber ja, es ist schon für viele Menschen, vor allem in den urbanen Zentren, so, dass diese Männer, die hauptsächlich für Mord und Terror verantwortlich waren, nun die Sicherheit übernommen haben. Und das führt natürlich schon zu einem Gefühl von Angst und Einschüchterung. Ich denke also nicht, dass man hier von viel Rückhalt sprechen kann. Wobei es in Afghanistan natürlich immer schon, auch vor der Machtübernahme der Taliban, schwierig war, Rückhalt überhaupt zu messen.

Wie verlässlich sind aktuelle Zahlen zu Sicherheitsvorfällen nach dem Abzug der NATO-Kräfte?

Katja Mielke: In diesem Kontext ist beispielsweise die [ACLED-Methodologie](#) ganz interessant. An den ACLED-Daten gab es schon immer auch Kritik, weil sie auch Proteste und Demonstrationen als ‚Vorfälle‘ (events) zählt und zudem die Berichterstattung tageweise auswertet und hier Opferzahlen zuordnet, was die Zahl der ‚Vorfälle‘ stark erhöht. Trotzdem, was in der Statistik verarbeitet wird, das sind jene Vorfälle, die tatsächlich in den Medien und öffentlich verfügbaren Materialien auftauchen. Und von daher ist es meiner Meinung nach das zuverlässigste, was wir aktuell haben. Ich denke nicht, dass die Taliban strategisch eine Verschleierungstaktik fahren und Gewaltvorkommnisse oder Opferzahlen systematisch verheimlichen; zumindest nicht auf jener Ebene, die auch mit dem Ausland in Kontakt ist, also durch jene Leute, die das politische Büro bestückt hatten.

Es ist kaum bekannt, dass es in den letzten Jahren von Seiten der Taliban das Bestreben gab, die zivilen Opferzahlen transparenter zu gestalten. Bezüglich der UNAMA-Reports zu zivilen Opfern haben die Taliban tatsächlich informelle Kontakte zu UN-Leuten etabliert, um die dahinterliegende Methodik anzuzweifeln und Schwachstellen anzusprechen. Die Taliban haben in diesem Zusammenhang ihre eigenen Reports erstellt bzw. hatten sie das Ziel, eine aus ihrer Sicht objektivere, auf einer breiteren Grundlage basierende Datenbasis zugänglich zu machen. Aber was Berichte zu Zahlen und Berichte generell betrifft müssen wir Gewalt und Einschüchterung beispielsweise gegen Journalist·innen, die sich ja nicht abstreiten lässt, mit bedenken. Aber soweit das berichtet wird, denke ich, geht ACLED sehr systematisch vor.

Gibt es Informationen dazu, wo sich Abdul Raschid Dostum aktuell aufhält?

Katja Mielke: Das was ich gehört hatte, war, dass er in Usbekistan ist oder damals nach Usbekistan gegangen ist. Wo er sich mittlerweile aufhält, kann ich nicht sagen. Dostum hatte ja schon in den 2000er-Jahren immer wieder ein Standbein in der Türkei, vereinzelt war er auch in Deutschland. Von daher kann ich das nicht final beantworten, aber Dostum ist mir jedenfalls nicht als treibende Kraft innerhalb der Oppositionen, die ich versucht habe zu skizzieren, in Erscheinung getreten.

Emran Feroz: Ich kann mich dem nur anschließen. Usbekistan, Türkei und, wenn ich mich richtig erinnern kann, auch die Vereinigten Arabischen Emirate, wo sich ebenfalls Eliten des vorherigen Regimes aufhalten sollen. Angeblich haben die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate es Akteuren wie beispielsweise Dostum untersagt, von ihrem Boden aus politisch aktiv zu werden bzw. irgendwie die politische Trommel zu schwingen und sich in Afghanistan wieder in irgendeiner Form einzumischen. Ich weiß jetzt nicht, inwiefern das durchgesetzt wird und ob das überhaupt noch gilt, aber es ist schon auffallend, dass einige Akteure - nicht nur Dostum, sondern zum Beispiel auch Abdullah Rasul Sayyaf, ebenfalls ein bekannter Warlord, und noch ein paar andere von dem Kaliber - tatsächlich in den letzten Wochen und Monaten relativ ruhig geworden sind.

Gibt es Informationen zu Personen, die in Kabul auf lokaler Ebene Regierungsposten besetzen, also beispielsweise Bürgermeisterposten etc.?

Katja Mielke: Zu Kabul habe ich, ehrlich gesagt, keine Information, aber was ich zum Beispiel zu Bamyan gehört habe, ist, dass dort der Sicherheitschef ein Hazara ist und dass auch alle nachgeordneten Behörden usw. mit lokalen Personen besetzt werden sollen. Das würde dann in das Bild passen, das auch die Taliban zu vermitteln versuchen, dass sie ethnisch und religiös keine systematische Diskriminierungsstrategie fahren.

Emran Feroz: Soweit ich weiß, werden Schlüsselpositionen schon weiterhin an Leute vergeben, die möglichst wenig mit dem vorherigen Regime zu tun hatten und im besten Fall aus dem Kreis der Taliban stammen. Ich weiß aber nicht, ob das den Kabuler Bürgermeister auch betrifft. Es ist allerdings auffällig, dass beispielsweise in einigen Ministerien - ich bin zum Beispiel mit Leuten aus dem Außenministerium in Kontakt - auch noch viele Menschen, die schon für die vorherige Regierung tätig waren, arbeiten. Hier gibt es wohl auch einen gewissen Pragmatismus, weil die Taliban einfach wissen, dass sie von Offiziellen des vorherigen Regimes abhängig sind. Ich hatte dazu vor kurzem einen sehr passenden Vergleich gehört: Ich war in Innsbruck, meiner Heimatstadt, und in einem Gespräch ging es um eben dieses Thema und einer meinte, das sei vergleichbar mit der Situation als Andreas Hofer im 19. Jahrhundert die Hofburg übernommen hatte. Den Bauern war damals auch bewusst, dass sie die Beamten brauchen und deshalb konnten sie nicht allen den Kopf abschlagen. Ich denke, das ist ein passender Vergleich. Auch viele der Taliban wissen, dass man nicht alle austauschen kann, wobei aber vor allem bei Personen, die Teil des vorherigen Regimes waren, schon Misstrauen besteht. Ich habe auch gehört, dass die gegenwärtige Strategie ist, dass man, weiterhin auf diese Leute setzt, aber sie mit der Zeit immer mehr austauschen will. Das betrifft im Übrigen auch Botschaftspersonal, Konsulatspersonal im Ausland und so weiter und so fort. Da gibt es auch viele Diskussionen, je

nachdem welches Land sich wie den Taliban gegenüber verhält. Und es gibt mittlerweile auch einige Fälle von Konstellationen, wo eben Botschaften immer noch vom vorherigen Personal geführt werden, während gleichzeitig auch irgendwelche Taliban-Leute dort präsent sind.

Bezüglich Bamyan: Als ich vor einigen Monaten dazu Interviews geführt habe, hieß es vor allem seitens der Hazara, die aus der Region stammten oder dorthin Verbindungen hatten: „Ja, die Taliban setzen auf lokale Führer, aber sie setzen oft auf Leute, die eigentlich innerhalb der Communities und Gemeinschaften kein Vertrauen genießen.“ Wenn die Taliban dort also einen Hazara, einen Schiiten einsetzen und es dann dementsprechend propagieren, dann muss man immer zwei oder drei Mal hinschauen, um herauszufinden, ob das wirklich der Fall ist oder ob da mehr Schein als Sein dabei ist.

Was ist von der medial inszenierten Versöhnung der Taliban mit gewissen Hazara-Führern zu halten? Wie sind diese zu interpretieren?

Katja Mielke: Wenn man in den letzten zwanzig Jahren die Medienarbeit der Taliban, ihre Öffentlichkeitsarbeit und Außenwirkung beobachtet hat und mitverfolgt hat, wie sie das professionalisiert haben, dann kann man das nur als einen weiteren Schachzug, der vor allem eine Signalwirkung nach außen haben soll, bewerten. Auf der anderen Seite, denke ich, gibt es auch gewisse Zusicherungen, die vielleicht medial weniger inszeniert werden, aber von denen man doch auch teilweise liest. Hier spreche ich von Hazara-Vertretern, also tatsächliche Vertreter, nicht jene, die eigentlich kein Vertrauen innerhalb der Gemeinschaft genießen und sich lediglich anmaßen Vertreter zu sein, die mit den Taliban interagieren und auch aushandeln, wo möglicherweise noch weiterer Schutz notwendig ist. Es gab auch vor kurzem einen Artikel in der [New York Times](#) über Taliban-Einheiten, die die Moscheen und öffentlichen Einrichtungen der Schiiten in Dascht-e Bartschi, in diesem Police District 5 von Kabul, der vorrangig von Hazara bewohnt wird, beschützen.

Also ich denke, es ist zweischneidig: Auf der einen Seite gibt es diese Signalwirkung oder dieses Bemühen um die Signalwirkung. Auf der anderen Seite muss man ganz klar sagen, dass es in Afghanistan auch historisch nie wirklich ein derartiges Ausmaß an konfessioneller Gewalt und Feindschaft gab, wie das so mancher manchmal darstellt. Das ist mit dem Auftreten des IS in Afghanistan ab 2015, der ja klar Schiiten als Feindbild hat und diese nicht als Muslime ansieht, ganz besonders klargeworden. Der IS legitimiert ja auf Basis dieses „Takfir“-Arguments, dass man Schiiten einfach töten könne, und so weit sind die Taliban nie gegangen. Und hier beziehe ich mich nicht nur auf die aktuelle Regierung. Schon beim Aufkommen der Taliban-Bewegung ab 1994 ging es eigentlich darum, der Korruption und Willkür, die sich entfaltet hatte, und dem Terror gegen die Zivilbevölkerung ein Ende zu setzen. Dadurch, dass die Bewegung ihren Ursprung in der Region um Kandahar hatte, war es einfach eine Bewegung von mehrheitlich paschtunischen Menschen, aber der Schutz vor Willkür etc. war für mehr oder weniger alle Afghan-innen gedacht, sowohl Hazara als auch Usbeken, Turkmenen, Aimaq, Nuristanis usw. Aktuell ist es aber natürlich wichtig zu bedenken, dass definitiv alles, was die Taliban tun, sowohl nach außen als nach innen, als ein Bemühen um Legitimität, von der sie einfach abhängig sind, zu deuten ist. Das versuchen sie auf internationaler Ebene, indem sie auf Anerkennung drängen und sich dort auch kooperativ verhalten. Aber Sie müssen natürlich auch intern darauf achten, die Legitimation nicht zu verlieren, was in vielen Bereichen auch seltsame

Ausmaße annimmt. Beispielsweise können die Taliban in besonders konservativen Gemeinden natürlich keine Mädchenschule eröffnen, auch wenn der Westen das gerne möchte. Das konnte auch die Vorgängerregierung nicht.

Emran Feroz: Ich denke, in dieser Frage geht es vor allem um den Hazara-Führer Jafar Mahdavi. Ja, es stimmt, dass die Taliban sich mit ihm und anderen Vertretern der Hazara in Dascht-e Bartschi, das hauptsächlich von Hazara bewohnt wird, getroffen haben. Das war schon auch eine politische Veranstaltung, die das Narrativ so mancher Beobachter:innen ein bisschen zerschmettert hat, würde ich sagen – ohne dass ich den Taliban da sonderlich Pluspunkte geben möchte. Aber es stimmt meiner Meinung nach schon, dass der Konflikt in Afghanistan oder die Konflikte in Afghanistan in den letzten Jahren und Jahrzehnten zum Teil ein bisschen verzerrt dargestellt wurden, auch von internationalen Beobachter:innen, die gewisse Muster aus anderen Debatten und Diskussionen auf Afghanistan umlegen wollen. Und das führt dann zum Beispiel zur Annahme, in Afghanistan finde ein Genozid gegen die Hazara statt. Ein Genozid gegen die Hazara fand vor über hundert Jahren statt, als Emir Abdur Rahman Khan regierte und viele Hazara verjagt und gefoltert hat und töten ließ - aber auch viele andere Menschen, auch sehr viele paschtunische Stämme, die sich gegen ihn gewehrt haben. Im Fall der Hazara war es allerdings schon sehr spezifisch, weil es hier um ihre phänotypische Erscheinung ging und um ihren Glauben, also um ihren 12er-Schiismus. Und damals war es auch so, dass dieser Genozid von anderen sunnitischen nicht-paschtunischen Bevölkerungsgruppen mitgetragen wurde. Diese historischen Ereignisse spielen natürlich in der inner-afghanischen Debatte weiterhin eine große Rolle, weil viele Dinge bis heute nicht aufgearbeitet wurden. Aber es ist zum Teil problematisch, wenn man dann versucht, jegliche historischen Entwicklungen mit dem aktuellen Geschehen in Verbindung zu bringen.

Auch ob hinsichtlich der Verfolgung der Hazara in Masar-e Scharif und Bamyan zwischen 1999 bis 2001 von einem Genozid zu sprechen ist, da teilen sich zum Teil die Meinungen. In den 90er-Jahren sind sehr viele brutale Verbrechen verübt worden, nicht nur seitens der Taliban. Also diversester Milizen, die zu dieser Zeit in Afghanistan eine Rolle gespielt haben, verschiedene Mudschaheddin-Fraktionen und auch Hazara-Milizen, haben sich da, salopp gesagt, zu dieser Zeit gegenseitig abgeschlachtet. Da ist es dann in gewisser Weise eine Bewertungs-Sache. Diese Massaker haben zweifellos stattgefunden, aber oft streiten verschiedene Akteure darüber, was man als Genozid bezeichnen darf und was nicht. Es gibt ja auch Menschen, die fragen, warum man den ganzen „War on Terror“, der in den letzten 20 Jahre in Afghanistan stattgefunden hat und teilweise ganze paschtunische Dörfer platt gemacht hat, nicht auch als Genozid bezeichnen darf. Das ist generell eine Debatte, die meiner Meinung nach oftmals kein Ende findet und eher von Emotionen bestimmt wird als von Fakten.

Aber bezogen auf die aktuelle Situation: Also es gab anscheinend teilweise Enteignungen von Hazara in der Provinz Ghazni und es kam wohl auch zu Tötungen. Diesbezüglich gab es einen Bericht von [Amnesty International](#) über Tötungen seitens der Taliban, der im September, also schon relativ früh erschienen ist. Dem Bericht zufolge wurden mehrere Hazara getötet. Ob das nun als Genozid zu bewerten ist, ist eine Frage und wie viel System dahintergesteckt hat, eine weitere. Dieser Bericht wurde zudem aufgrund verschiedener Dinge von einigen Personen kritisiert. Auf jeden Fall ist das Ganze doch komplexer und facettenreicher als man meint. Und das betrifft natürlich auch den Umgang, diese Versöhnung oder diese Verbrüderung mit den

Hazara-Führern. Es gibt auch mittlerweile einen stellvertretenden Minister innerhalb der Taliban, der ein Hazara ist, ich glaube, der stellvertretende Wirtschaftsminister und der ist auch kein Teil der Taliban gewesen zuvor und entspricht nicht diesem klassischen Muster.

Natürlich hat vieles davon mit Legitimation zu tun. Man muss aber auch zugeben, dass vieles davon bei den Betroffenen vor Ort auch gar nicht so schlecht ankommt: Wenn beispielsweise ein Taliban-Sprecher wie Zabiullah Mudschahid den Hazara in Dascht-e Bartschi verspricht, dass dort endlich Häuser gebaut werden und dass diese Region gegen Anschläge des IS gesichert wird. In Dascht-e Bartschi, von wo ich auch oft berichtet habe, war schon alles irgendwie isolierter, in gewisser Weise ein bisschen Ghetto-mäßig. Man hatte den Eindruck, dass da eben nur Hazara sind, weil die woanders vielleicht Probleme hätten. Und Mudschahid und die Taliban sind dort angetanzt und meinten: „Ja, wir halten davon nichts, wir helfen euch, wir arbeiten mit euch zusammen.“ Sehr empfehlenswert sind für Menschen, die Zeit haben und die Sprachen verstehen, in dieser Hinsicht übrigens Medien wie TikTok oder Twitter und vor allem die relativ neuen Twitter-Spaces, die von Afghan-innen sehr intensiv genutzt werden. Da hört man dann zum Teil auch Hazara, die irgendwie eine Meinung vertreten, die man vielleicht als Pro-Taliban-Standpunkt bezeichnen könnte; aufgrund gewisser Dinge, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten ereignet haben und von Warlord-Strukturen bis Korruption reichen.

Wie sieht es aktuell an den afghanischen Gerichten aus? Inwiefern wird die Scharia umgesetzt? Wer hat an den Gerichten das Sagen und wie sieht die Ausbildung oder Fortbildung neuer Richter aus?

Katja Mielke: Auf der einen Seite möchte ich betonen, dass es - anders als unsere Diskussion hier gerade vielleicht den Anschein erweckt hat – nicht nur auf der einen Seite die Haqqanis und auf der anderen die gemäßigeren Taliban gibt, sondern dass das Bild um einiges differenzierter ist. Die Haqqanis haben natürlich ihren Namen, wie Herr Feroz sagte, von der Darul Uloom Haqqania, dieser Deoband-Madrassa, die immer wieder als die Kaderschmiede der Taliban – in ihrer radikalen Ausprägung – präsentiert wird. Aber auch da muss man, glaube ich, ein bisschen differenzieren, vor allem wenn man da die Literatur und Geschichte berücksichtigt. Die Frage, wer an den Gerichten das Sagen hat, nimmt vermutlich Bezug auf diesen Unterschied zwischen jenen eher als orthodox zu bezeichnenden Teilen und den eher pragmatischeren. Und die Frage lässt sich, denke ich, nicht eindeutig beantworten.

Als Wissenschaftlerin versuche ich mir aufgrund von empirischer Evidenz ein Bild zu machen. Diese Evidenz muss ich natürlich erst ansammeln. Ich versuche diesbezüglich so viel Einblick wie möglich in Rechtsprechung etc. zu bekommen, um es dann selbst beurteilen zu können. Aktuell kann ich das also noch nicht abschließend beurteilen, vor allem auch weil, meiner Kenntnis nach, die Taliban eine Tradition haben, lokalen Gerichten und lokalen Richtern auch einen Interpretationsspielraum zu geben. Die hanafitische Rechtsprechung ist zudem tendenziell offener. Sie bezieht sich also nicht nur auf Koran und Sunna (Hadithe), sondern gibt auch die Möglichkeit, Inhalte aus diesen beiden Quellen zu kontextualisieren und dann auf Grundlage von rationaler Argumentation Urteilsprüche zu generieren. Und ich erinnere mich auch an einen Ausspruch einer Taliban-Instanz, wo ganz klar gemacht wurde, dass es keine Bestrebungen der Taliban gibt, eine verbindliche orthodoxe Auslegung vorzudefinieren, sondern dass dies tatsächlich auf lokaler Ebene geschieht. Die Taliban-Gesetzesvertreter oder

auch die Richter fällen dann also entsprechend ihrer Beurteilung eines Falles ein Urteil. Vor dem Hintergrund, dass die Taliban ein großes Interesse daran haben, lokal anerkannt zu sein und Legitimität zu generieren, gab es auch schon in den letzten Jahren der Aufstandsbewegung - in denen sie teilweise schon ein sehr starkes und weitreichendes System der Schattengerichtbarkeit etabliert hatten - schon immer das Bestreben, tatsächlich Gerechtigkeit walten zu lassen; auch im Gegensatz zur Rechtsprechung der Vorgängerregierung, die als überproportional korrupt, langwierig und eben auch ineffektiv wahrgenommen wurde.

Zur Fortbildung von Richtern bzw. dazu, ob diese nun tatsächlich einen neuen Kanon, wie auch immer dieser aussehen mag, „verabreicht“ bekommen, habe ich keine Informationen. Dass nun tatsächlich Steinigungen stattfinden würden, habe ich nicht gehört. Man hat gehört, dass es in Herat Fälle gegeben hat, wo Hände abgeschlagen wurden. Das deutet darauf hin, dass es schon von einigen orthodoxen Vertretern ein Bestreben gibt, auch tatsächlich zu sehr rigorosen Maßnahmen zu greifen, um Leute einzuschüchtern. Das ist teilweise auch sehr wirkungsvoll und die Kriminalität geht zurück.

Emran Feroz: Ja, ich denke es ist aufgrund der Informationslage generell sehr schwierig, gewisse Sachen zu erfahren. Ich denke, man muss im Kontext von Afghanistan auch bedenken, dass das in vielerlei Hinsicht ein sehr traditionell-konservatives Land ist. Viele Dinge, die dort praktiziert wurden, auch in den letzten Jahrzehnten, auch in den letzten 20 Jahren, auch in nicht Taliban-Gebieten gelten aus unserer Sicht als sehr brutale, drakonisch Strafen. Aber es gibt dort natürlich genug Dorfgemeinschaften, wo gewisse Strafen, seien es Steinigungen oder auch das Verbot des Schulbesuchs für Mädchen, als üblich gelten. Das war auch in vielen nicht Taliban-Gebieten in den letzten 20 Jahren der Fall. Ich kann mich erinnern, als ich 2020 aus der Provinz Khost berichtet habe, ging es um die Errichtung einer Mädchenschule in einem Dorf, in dem die Taliban nicht das Sagen hatten. Der verantwortliche Lehrer, der diese Schule in seinem eigenen Wohnzimmer organisiert hatte, musste jede Familie erst einmal überreden, dass die ihre Tochter zu ihm, quasi zu einem fremden Mann, der nicht Teil der Familie ist, in die Schule schicken. Da war ziemlich viel Überzeugungsarbeit notwendig, sodass es ziemlich lange gedauert hat, bis überhaupt eine Klasse zustande gekommen ist. Es war dann auch erstaunlich zu beobachten, dass zum Teil Familien, die auch Taliban-Mitglieder in ihrer Familie hatten, es gestatteten, dass die Mädchen in die Schule dieses Mannes gehen dürfen. Und es gab auch explizit Taliban-Kämpfer, die ihm gesagt haben: „Wir gestatten dir, dass du unsere Tochter oder unsere Schwester unterrichtest.“ Diese Taliban-Kämpfer lebten zu diesem Zeitpunkt zwar nicht in diesem Dorf, stammten aber aus dem Dorf. Und gleichzeitig gab es andere Taliban-Kämpfer, die diesen Mann bedrohten und fragten, wieso er fremde Mädchen in seinem Wohnzimmer unterrichtete.

Ähnlich ist das mit den Haqqanis, wie das Frau Mielke gerade beschrieben hat. Hier ist es natürlich auch problematisch anzunehmen, die nicht Radikalen oder die Gemäßigten sind die Nicht-Haqqanis und die Haqqanis sind die Super-Radikalen. Ein gutes Beispiel hierfür gibt es aus den 90er-Jahren: Der „Pate“ der Haqqanis, also Dschalaluddin Haqqani, mittlerweile verstorbener Vater des aktuellen Innenminister Siradschuddin Haqqani, hatte sich damals in Kabul bei den anderen Taliban-Führern aus dem Süden des Landes, also bei den Taliban aus Kandahar, beschwert, warum sie gegen Mädchenschulen seien. In Khost und Paktia war es

geläufig, dass auch Mädchen in die Schule gehen. Also dieser Mann, der bis heute sehr, sehr stark verteufelt wird, hat sich damals gegenüber anderen Taliban paradoxerweise für die Mädchenbildung eingesetzt.

2 Situation gefährdeter Gruppen (Vortrag Emran Feroz)

Das Thema, dem ich mich nun widme, ist die Situation von zurzeit gefährdeten Gruppen in Afghanistan. Ich werde mit meiner Zunft beginnen, also mit den Journalisten und Journalistinnen. Es geht aber natürlich auch um die Situation von Menschenrechtler:innen, Frauenrechtler:innen aber auch um die Situation von Frauen generell. Um die Lage von Minderheiten, konfessionelle und ethnische Minderheiten. Und ein weiterer Punkt ist die Situation von Angehörigen der afghanischen Armee oder des vorherigen Sicherheitsapparat, und auch von sogenannten Ortskräfte, also jene Personen, die mit den NATO-Truppen zusammengearbeitet haben.

Journalist:innen

Um gleich mit den Journalisten anzufangen: Sie haben es ja wahrscheinlich allesamt mitbekommen, im August sind natürlich auch viele Journalisten aus Afghanistan geflüchtet. Die afghanische Medienlandschaft war in den letzten 20 Jahren sehr divers. Meiner Meinung nach gab es eine gewisse Pluralität und eine Meinungsvielfalt in Afghanistan, die auch geduldet wurde und die zum Teil überraschend war. Die Pressefreiheit und auch die Meinungsfreiheit waren in Afghanistan zum Teil um einiges stärker ausgeprägt als in den Nachbarregionen, also wenn man beispielsweise auf Länder wie Tadschikistan oder Usbekistan schaut, die sehr autoritär regiert werden, oder natürlich auch als in China oder dem Iran und zum Teil auch verglichen mit der Situation in Pakistan. Das hatte verschiedene Gründe. Einer der Hauptgründe hierfür waren meiner Meinung nach diese unüberschaubaren Verhältnisse. Es gab ja verschiedene Akteure, die in Afghanistan mitmischten und an der Macht waren. Und wir hatten einerseits die Regierung in Kabul und andererseits gab es viele Regionen, die schon vor Jahren von den Taliban kontrolliert wurden. Und all dieses Ungewisse und Unklare hat dazu beigetragen, dass sich da doch einiges entfalten konnte. Ein Kollege von mir, der aus Afghanistan und auch der Türkei berichtet hat, meinte einmal, für ihn persönlich sei es einfacher aus Afghanistan zu berichten, weil er da nicht zensiert werden würde. Gleichzeitig muss man auch bedenken, dass Afghanistan in den letzten Jahren zu den tödlichsten Ländern für Journalist:innen zählte und dass Journalist:innen regelmäßig zum Ziel von Angriffen seitens der Taliban, aber auch seitens des IS, und auch seitens der vorherigen Regierungsstrukturen wurden. Vor allem der vorherige Geheimdienst, der NDS, war für viele Menschenrechtsverbrechen mitverantwortlich. Hier waren auch Dissidenten oder Kritiker:innen der vorherigen Regierung und deren Politik oder auch der Amerikaner Feindschaften ausgesetzt und es kam auch zu Tötungen oder zu Verhaftungen und zu anderen Repressalien.

Seit der Machtübernahme der Taliban hat sich die Medienlandschaft in Afghanistan zunehmend verändert. Die Taliban selber sind einerseits medial um einiges präsenter geworden und sind jetzt in den Wohnzimmern vieler Afghan:innen zu sehen, weil sie praktisch auf allen Sendern, die noch ausstrahlen, präsent sind. Andererseits sind, wie ich vorhin angeschnitten hatte, viele Journalist:innen geflüchtet und befinden sich mittlerweile im Exil. Ich spreche in diesem Kontext jetzt einmal ausschließlich von Lokaljournalist:innen, also von Afghan:innen, weil ich denke, man sollte zwischen afghanischen Berichtersteller:innen und ausländischen erkennbar-westlichen Berichtersteller:innen vor Ort unterscheiden. Bei jenen

Afghan-innen, die im Land sind, ist es so, dass viele sich mittlerweile auch selbst zensieren, Angst haben, nicht so recht wissen, was sie sagen dürfen und was nicht und inwiefern ihre Arbeit von den Taliban beeinträchtigt wird bzw. schon beeinträchtigt wurde. Der Umgang der Taliban mit Medienschaffenden unterscheidet sich wohl auch regional. Und natürlich ist man sich da auch der Tatsache bewusst, dass - da geht es wieder um das Thema Legitimität - viele internationale Akteure vor allem auf Kabul schauen. Und in den anderen Regionen ist das weniger der Fall, so dass da auch mehr Repressalien spürbar sind. Zudem ist es auch so, dass vor allem die wirtschaftliche Situation viele Medien extrem belastet. Es gibt also auch viele Medien, die mittlerweile nicht mehr arbeiten, weil ihnen das Geld ausgegangen ist oder weil es sich um Sender handelt, die in den letzten 20 Jahren von westlichen Staaten, der NATO etc. geschaffen wurden, und diese mittlerweile nicht mehr finanziert werden und deshalb ihre Arbeit einstellen mussten.

Es gab bereits in den ersten Tagen nach der Machtübernahme der Taliban Repressalien gegen Journalisten. Was vielen in diesem Zusammenhang besonders in Erinnerung geblieben ist, ist, dass afghanische Journalisten einer Kabuler Tageszeitung von Taliban-Kämpfern eingesperrt wurden und in der Haft auch gefoltert wurden. Bilder dieser Folter, also Bilder der Körper dieser Menschen, die danach wieder freigelassen wurden, haben damals weltweit die Runde gemacht.

Gleichzeitig sorgte unter vielen afghanischen Medienmacher auch noch etwas anderes für Unmut - und ich kann diesen Unmut verstehen und solidarisiere mich auch damit. Sie müssen bedenken, in den letzten 20 Jahren war es in Afghanistan immer schon so, dass es Lokalreporter-innen zum Teil mit allen verantwortlichen Stellen und Akteuren viel schwerer hatten als ausländische Reporter, als ein beispielsweise erkennbarer Deutscher, ein erkennbarer Österreicher oder erkennbarer Amerikaner. Diese wurden meist sanfter behandelt, sowohl von den Taliban als auch von den Regierungstruppen, während der durchschnittliche afghanische Reporter es schwerer hatte. Ich habe das oft auch selbst am eigenen Leib gespürt, weil ich in Afghanistan natürlich in erster Linie als afghanischer Mann gelesen werde und wenn ich Dari oder Paschtu spreche, fällt auch nicht auf, dass ich aus dem Ausland komme. Aus diesen Gründen war es so, dass ich oft erst einmal kritisch beäugt wurde und immer dieser Verdacht im Raum stand, dass ich ein Spion sei oder was auch immer. Im Gegensatz dazu war bei ausländischen Reportern gleich jeder zur Stelle. Also egal ob diese Person die Kabuler Regierung von Ghani oder von Karzai aufgesucht hat, der Zugang war oft um einiges leichter, als wenn das afghanische Kollegen oder ich gemacht haben. Dasselbe war der Fall, wenn man Taliban-Gebiete besucht hat. Die coole Journalistin von Vice oder von BBC hatten da oft weit mehr Zugang als andere afghanische Kollegen und Kolleginnen. Auch der Umgang seitens der Taliban mit Reporter-innen aus dem Westen und Afghan-innen, die im Medienbereich tätig sind, unterscheidet sich meiner Meinung nach. Sowohl die Taliban als auch die anderen Akteure, die in Afghanistan in den letzten 20 Jahren eine Rolle gespielt haben, sahen die westlichen Reporter oft als eine Art Instrument, um sich zu inszenieren und denen gegenüber sie sich von ihrer besten Seite zeigen konnten, während afghanische Journalist-innen eben Repressalien erlebt haben und oft unter sehr schwierigen Bedingungen arbeiten mussten. Das war auch einer der Gründe, warum viele im August die Gelegenheit nutzten und sich evakuieren ließen, sofern sie die Möglichkeit dazu hatten, oder geflüchtet sind. Während, was zum Teil ein bisschen paradox war, aus der westlichen Welt viele

Journalist:innen Hals über Kopf eingeflogen sind, um über die Situation vor Ort zu berichten, Selfies mit den Taliban gemacht haben und das Ganze in einer sensationalistischen Manier inszeniert haben, während eben afghanische Journalist:innen flüchteten, weil sie einfach Angst hatten vor dem, was kommt.

Eine Kollegin von der New York Times, Fatema Faizi, die mittlerweile, soweit ich weiß, in den USA lebt, hat in diesem Zusammenhang die CNN-Journalistin Clarissa Ward heftig kritisiert. Clarissa Ward flog einige Tage nach Afghanistan, um über die Rückkehr der Taliban zu berichten und hat dann ein Selfie mit den Taliban gepostet, in dem es hieß: „Witnessing history“, also: „Ich werde gerade Zeuge von Geschichte“. Fatema Faizi hat dann geantwortet: „you are witnessing history - we are experiencing history“. Und das ist halt immer der große Unterschied. Ich habe wie gesagt Kollegen, die überhaupt nicht mehr frei arbeiten, die sich zensieren und nicht so recht weiterwissen, die einen Ausweg suchen. Mich hat tatsächlich jetzt gerade, während dieses Meetings, eine Journalistin aus Kabul angeschrieben, die gesehen hat, dass ich den [Luftbrücke-Podcast](#) hoste, und gefragt, ob die Luftbrücke vielleicht noch etwas machen kann, damit sie aus Afghanistan rauskommt. Es gibt also immer noch Menschen, die raus wollen, die berechnete Sorgen haben, und die komplett andere Erfahrungen machen als andere Kollegen und Kolleginnen, die weiterhin das Land aufsuchen oder in den letzte Woche aufgesucht haben, um von dort zu berichten.

Vieles davon hat natürlich mit dieser ganzen „Legitimierungssache“ zu tun. Die Taliban zeigen sich bzw. wollen sich von ihrer guten Seite zeigen, vor allem westlichen Reporter:innen gegenüber, während das bei lokalen Reporter:innen eher weniger der Fall ist. Bei denen spielt vor allem eine Rolle, was man sagt, wie man es sagt und generell, worüber man berichtet. Man kann schon berichten, allerdings kann es, sobald es um eindeutige oder zu heftige Kritik gegen die Taliban geht, für die afghanischen Journalist:innen schlecht enden. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist der Fall des Universitätsprofessors Faizullah Dschalal, der vor einigen Woche die Taliban im afghanischen Fernsehen sehr stark kritisiert hat. Der bei Dschalals Auftritt zugeschaltete Taliban-Sprecher, Mohammed Naeem Wardak, wurde von Dschalal als „dummes Kalb“ beschimpft. Dschalal galt schon während der vorherigen Regierung, während der Amtszeit von Präsident Ghani, als scharfer Kritiker der Regierung und auch der Taliban und war schon seit Jahren für seine Wutausbrüche und seine Emotionalität bekannt. Man kann natürlich darüber streiten, ob man jemanden beschimpfen soll oder nicht, aber in erster Linie hatte Dschalal zwar harte, aber auch berechnete Kritik, meiner Meinung nach. In dieser Situation haben sich natürlich erst einmal viele gewundert und sich gefragt: „Okay, wie kann es sein, dass der das sagen darf und ihm nichts passiert?“ Es war dann so, dass ihm doch etwas passiert ist. Er wurde von den Taliban verhaftet und befand sich in Taliban-Gefangenschaft. Dschalals Töchter haben das entsprechend verbreitet und es gab eine ziemlich große Aktion auf Social Media, Menschenrechtsorganisationen (Amnesty International, Human Rights Watch) haben sich eingeschaltet. Jeder hat über Dschalal, der zuvor in der internationalen Debatte eher unbekannt war, getweetet, sodass er dann von den Taliban freigelassen wurde. Im Anschluss gab Dschalal bekannt, dass ihm nichts getan wurde und man ihn wie einen Gast behandelt habe und so weiter und so fort. Die Frage ist natürlich, inwiefern das überhaupt glaubwürdig ist, wenn es von Menschen kommt, die der ganzen Situation dort ausgesetzt sind und irgendwie auch nicht flüchten können oder wollen. Die Frage ist, ob sie sich dann nicht auch selbst

zensieren, um nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Familien nicht weiterhin einer Gefahr auszusetzen.

Frauen und Frauenrechtsaktivist:innen

Und da wären wir gleich beim nächsten Punkt, und zwar der Thematik rund um Frauenrechtsaktivist:innen, die auch in den letzten Wochen und Monaten auf die Straßen gegangen sind, um gegen die Taliban zu demonstrieren; vor allem in den Städten, vor allem in Kabul, aber auch anderswo. (Es wird ja oft der Fehler gemacht, dass man sich immer nur auf Kabul konzentriert.) Diese Proteste standen vor allem im Zusammenhang mit dem Bildungsverbot, dem unausgesprochenen, aber in der Praxis bestehenden Bildungsverbot der Taliban für afghanische Mädchen. Diese Proteste wurden regelmäßig von den Taliban angegriffen und aufgelöst, Gewalt kam zum Einsatz. In den letzten Wochen sind dann einige dieser führenden Aktivistinnen verschwunden. Diese Frauen waren auf einmal weg, waren verschleppt und niemand wusste, wo sie sind. Die Vermutung war, dass die Taliban diese Frauen verhaftet haben. Die meisten Taliban-Sprecher haben aber erst einmal komplett dementiert, dass sie irgendetwas mit dem Verschwinden dieser Mädchen zu tun haben. Bei den Taliban ist es aktuell sehr schwierig zu wissen, wer jetzt eigentlich der wirklich offizielle Taliban-Sprecher ist: es gibt sehr viele verschiedene Medien, in denen sich mittlerweile Taliban-Vertreter äußern. Das geht über Twitter bis zu TikTok. Diese Medien werden mittlerweile von irgendwelchen Taliban-Akteuren benutzt und man muss dann immer filtern, was glaubwürdig ist und was weniger glaubwürdig ist und was realistisch ist und was nicht. Der Taliban-Sprecher aus Katar, Muhammad Suhail Schaheen, der ja auch in den letzten Jahren sehr präsent war, weil er Teil dieser politischen Delegation war, behauptete dann in einem Interview auf Englisch, dass die Taliban niemanden verschleppt hätten, keine Frauenrechtsaktivistinnen verhaftet wurden und dass das generell nur afghanische Frauen seien, die herumkreischen würden, um irgendwie in Europa oder in den USA Asyl zu bekommen, die Taliban aber nichts damit zu tun hätten. Ähnlich äußerten sich auch andere Taliban-Sprecher. Interessant war dann vor kurzem auch ein Interview mit dem offiziellen Taliban-Sprecher Zabiullah Mudschahid. Der hat das aus Taliban-Sicht diplomatische gemacht und das Ganze weder dementiert noch irgendetwas eingestanden. Am Ende wusste man irgendwie gar nicht mehr: Haben die Taliban diese Frauen jetzt in Gewahrsam oder nicht? Das Ganze ist deshalb aktuell, weil gestern [21. Februar 2022, Anm.] ein Video von diesen Frauen erschienen ist. Das Video wurde vom Innenministerium der Taliban veröffentlicht und in diesem Video, um es kurz zusammenzufassen, sieht man einige dieser Frauenrechtsaktivistinnen, die dem Narrativ der Taliban zustimmen und sagen es sei dumm gewesen, was sie gemacht haben und sie seien unter anderem von anderen afghanischen Frauenrechtsaktivistinnen aus dem Ausland dazu angestiftet worden und so weiter und so fort. Und jetzt muss man sich hier natürlich die Frage stellen: Wie glaubwürdig ist denn das Ganze? Und was für Methoden wurden hier angewandt, damit sich diese Frauen, die laut den Taliban angeblich wochenlang *nicht* in Gewahrsam waren und es eben nun doch gewesen sind, derartig äußern? In welche Richtung geht das? Wir merken zudem vor allem bei dieser, salopp gesagt, „Frauen-Thematik“ auch, dass die Taliban extrem inkonsistent sind und sich zum Teil oft selbst widersprechen, und dass da wohl auch viele dunkle Machenschaften im Schatten stattfinden, weil eben weiterhin die Legitimation eine große Rolle spielt und man keine negativen Headlines will.

Ähnliches hat man auch Anfang Februar 2022 gut gesehen, als ein amerikanischer oder britischer Journalist aus Masar-e Scharif über das Verschwinden von afghanischen Frauen und vor allem von Aktivist:innen berichtet hat. Da wurde vom zum Teil wochenlangen Verschwinden von Frauen berichtet, deren Leichen dann später von den Taliban ins lokale Krankenhaus gebracht wurden, die lediglich meinten: „Ja, wir haben diese Leiche gefunden. Keine Ahnung, wer das war.“ Der [Artikel](#) des Kollegen hat suggeriert, dass die Taliban eventuell selbst bei diesen Tötungen eine Rolle spielen, mitverantwortlich oder generell dafür verantwortlich sind. Kurz darauf haben die Taliban als Reaktion auf diesen Bericht ein Video veröffentlicht. Das Video stammte aus dem Krankenhaus, um das es in dem Artikel geht, und darin kommen die zwei leitenden Ärzte des Krankenhauses zu Wort, die - das ist jetzt meine subjektive Wahrnehmung - nicht wirklich den Eindruck machen, als ob sie das Ganze freiwillig sagen und wirklich von ihrer Meinung überzeugt sind. Die beiden dementieren einfach alles, was im Artikel genannt wird. Der verantwortliche Typ, der Chef in diesem ganzen Szenario, ist der junge Talib, der mittlerweile die Führung des Krankenhauses übernommen hat. Solche Videos werden produziert, um das Narrativ der Taliban zu bestätigen, wobei es meiner Meinung nach oftmals sehr klar ist, dass die Betroffenen eingeschüchtert wurden und nur aus diesem Grund etwas liefern, was dem Narrativ der Taliban entspricht. Genau das war auch beim gerade geschilderten Fall der Frauenrechtsaktivistinnen der Fall. Selbst wenn irgendein Bruchteil von diesen ganzen Sachen, die dort gesagt werden, wahr ist, oder vielleicht, wenn mehr als ein Bruchteil wahr ist, ist es generell schwer, dem Glauben zu schenken, wenn man die ganze Situation und Produktion dieses Stückes in Betracht zieht.

Minderheiten

Vorhin haben wir schon kurz über die schiitischen Hazara gesprochen. Es gibt aber auch andere konfessionelle Minderheiten in Afghanistan, die erwähnenswert sind. Es gibt Sikhs, es gibt Hindus, es gibt ismailitische Schiiten im Norden des Landes und es gab einen Juden. Der letzte Jude Afghanistan hat mittlerweile das Land verlassen und lebt mittlerweile in Istanbul. Es gibt also leider keine Juden mehr in Afghanistan, aber eben Sikhs und Hindus, deren Gemeinschaften in den letzten Monaten und Jahren vor allem zum Ziel von IS-Anschlägen wurden, obwohl sie eine sehr tiefgreifende Geschichte im afghanischen Kontext haben und dort zum Teil schon länger leben als einige Muslime, wenn man deren Generationen genauer betrachtet.

Leider ist es generell so, dass auch im inner-afghanischen Kontext, also nicht nur seitens der Taliban, oft die Wahrnehmung vorherrscht, dass Afghanistan hauptsächlich ein rein muslimisches Land sei und die eigentlich vorhandene Heterogenität oft untergeht. Viele Afghan:innen, die ich getroffen habe, waren oft darüber überrascht, dass es überhaupt so viele Sikhs und Hindus im Land gibt oder dass es einmal zehntausende von Juden in Afghanistan gegeben hat. Diese Gemeinschaften hatten es jedenfalls vor allem in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder schwer, unter anderem, weil sie sich immer mit den verschiedenen Regimen arrangieren mussten und von diesen Regimen auch teilweise instrumentalisiert wurden. Das war vor allem immer dann der Fall, wenn die jeweiligen Machthaber zeigen wollten, dass sie auch nicht-muslimische Minderheiten gut behandeln. Und ich gehe davon aus, dass bei den Taliban jetzt ähnliches der Fall sein wird. Also Sikh-Vertreter haben sich mittlerweile auch schon mit Taliban-Vertretern getroffen. Mir sind außerdem keine Anschläge

oder anderweitige Problematiken bekannt, die sich mit Bezug zu dieser Minderheit in den letzten Wochen oder Monaten ereignet haben sollen. Und ähnlich verhält es sich auch mit anderen Minderheiten, wie zum Beispiel den Ismailiten.

Ein Thema, das auch immer wieder aufkommt, ist jenes der Konvertiten, also christliche Konvertiten, die weiterhin vor allem in urbanen Gebieten (vermutlich vor allem in Kabul) in Afghanistan leben. Ich weiß leider nicht, wie viele Menschen das sind. Ich denke, es kann niemand wirklich sagen, wie viele Menschen in Afghanistan zum Christentum konvertiert sind. Dass diese Menschen bedroht sind, denke ich, steht außer Frage. Man muss aber bedenken, dass diese Menschen in den letzten 20 Jahren auch schon bedroht waren und sich deshalb auch nicht wirklich offenbart haben, weshalb es sehr wenig fundiertes Wissen über diese Gemeinschaft gibt.

Armeebedienstete, Ortskräfte und deren Angehörige

Ich komme nun zum Thema Armeeeingehörige, Mitarbeiter des vorheriger Sicherheitsapparats und deren Verfolgung durch die Taliban: Das wurde vorhin schon sehr gut von Frau Mielke angeschnitten. Seitens der Taliban wurde nach deren Rückkehr in Kabul diese Generalamnestie ausgesprochen. Allerdings behaupten Kritiker:innen, dass das nur Show sei und dass trotz der Amnestie Angehörige der afghanischen Sicherheitskräfte Repressalien ausgesetzt seien und auch ermordet wurden. Besonders relevant in diesem Zusammenhang war der bereits erwähnte Bericht von Human Rights Watch, der im November 2021 publiziert wurde. Dieser Bericht berücksichtigte jedoch nur drei afghanische Provinzen. Es fehlen also Ergebnisse zu über 30 Provinzen. Umso mehr stellt sich natürlich die Frage, inwiefern derartige Repressalien in diesen Provinzen präsent sind und wie systematisch diese sind. Die Taliban-Führung verweist in diesem Kontext immer auf private Racheaktionen und sogenannte abtrünnige Elemente, die Jagd auf Soldaten, auf Polizisten, auf Personen, die dem vorherigen Regime gedient haben, machen würden. Dahinter stehe laut den Taliban allerdings keine Systematik. Kritiker:innen wollen dem jedoch keinen Glauben schenken und sagen, dass das nicht der Fall sei.

Meiner Meinung nach haben gewisse Feindschaften in einigen Provinzen auf jeden Fall eine Rolle gespielt und sich erst mit etwas Verzögerung gezeigt. Um hier beispielsweise wieder bei den Provinzen Khost und Paktia zu bleiben: Von dort weiß ich beispielsweise, dass viele der Taliban-Kämpfer in den August- und Septembertag erst einmal nach Kabul gekommen sind und dort präsent waren. Erst einige Wochen später haben sie nach ihrer Rückkehr in ihre Provinzen aufgrund bestehender Feindschaften Racheaktionen verübt. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, inwiefern hier System dahintersteckt oder eben nicht, und inwiefern die Taliban-Führung das Ganze regulieren kann. Das ist generell sehr schwierig zu beurteilen. Generell stellen sich viele Fragen zum Umgang der Taliban mit den jenen Taliban-Kämpfern, gegen die anscheinend Verfahren laufen oder die mittlerweile nicht mehr Teil der Taliban sind. Das ist ja eine große Menge von Menschen, Männern, die wissen, wie man kämpft. Hier stellt sich die Frage: Was passiert eigentlich mit denen? Besteht hier die Gefahr, dass sie sich dem IS anschließen oder irgendetwas anders formieren? Das sind so Dinge, die man auch jetzt, nach 6 Monaten Taliban-Herrschaft, nicht wirklich beantworten kann.

Die Angst bei den Angehörigen von Armee und Polizei und auch bei den Ortskräften der NATO, von denen viele immer noch in Kabul und in anderen Provinzen leben, die ist immer noch da.

Viele verstecken sich. Leute, die ich kenne und die auch in den letzten Wochen und Monaten Teil meiner Berichte waren, versuchen weiterhin irgendwie aus Afghanistan rauszukommen oder im Untergrund zu bleiben, nicht aufzufallen, weil sie Angst haben, dass sie abgeführt werden und auf einmal vor einem Taliban-Gericht landen und hingerichtet werden. Also diese Angst ist weiterhin da, auch wenn man weniger davon hört. Ich weiß nicht, ob sich das in naher Zukunft ändern wird.

Fragen zu Teil 2

Frauenrechte: Wird das kürzlich verabschiedete Gesetz gegen Zwangsverheiratungen von den Taliban wirklich durch- und umgesetzt? Inwiefern genießen Frauen Bewegungsfreiheit? Wie sieht es mit dem Zugang zu Gesundheitsversorgung aus? Wie lässt sich die Scharia oder die Auslegung der Scharia ganz generell mit Frauenrechten vereinbaren?

Emran Feroz: Also bezüglich dieses Taliban-Dekrets über Zwangshochzeiten: das wurde von einigen tatsächlich als ziemlich revolutionär betrachtet, dass die Taliban das so durchsetzen wollen. Aber die Frage ist, inwiefern sie das überhaupt machen können, inwiefern sie auch innerhalb dieser ganzen Strukturen intervenieren können und ob es somit auch überall entsprechend durchgesetzt werden kann oder das Ganze von Region zu Region unterschiedlich gehandhabt wird. Ich denke, es ist generell der Fall - und das war auch bei der Taliban-Regierung in den 90ern der Fall - dass da von Region zu Region unterschiedliche Dinge praktiziert werden, weil es meiner Meinung nach keine wirkliche Einheitlichkeit gibt; also beispielsweise, dass der eine kein Problem damit hat, wenn Mädchen in die Schule gehen und der andere das strikt verbieten lässt und da harte Gesetzgebung durchsetzt. Wenn es um solche Fragen geht, gilt es diesen Aspekt regionaler Unterschiede halt wirklich immer zu beachten.

Ein Fehler, der meiner Meinung nach in den letzten Jahren in Bezug zu Afghanistan oft gemacht wurde, war der, dass man sich auf gewisse Regionen oder hauptsächlich auf Kabul fokussiert hat und das dann auf das ganze Land projiziert hat. Das hat dann zu Fehlanalyse geführt. Es ist so, dass Mädchen in einigen Provinzen wieder Zugang zu Bildung haben. Und auch schon früh nach der Taliban-Machtübernahme, als diese Themen im Vordergrund standen, war es zum so, dass weibliches Lehrpersonal zum Beispiel in der Stadt Masar-e Scharif im Norden des Landes, sehr bald wieder in die Schule gehen durfte, um ihren Beruf auszuüben. Ich habe damals, das war, glaube ich, im September oder im Oktober ausführlich über eine afghanische Lehrerin im Norden des Landes geschrieben, die nach der Machtübernahme der Taliban zuerst dachte, dass es das für sie jetzt mit dem Lehrberuf war. Sie hat aber dann, nachdem ihre Schule wieder geöffnet wurde, ihren Job weiterhin ausüben dürfen. Allerdings war die Art der Verschleierung, also des Hidschabs, um einiges strenger als zuvor und auch einheitlicher, also komplett schwarz. Auch die Geschlechtertrennung im Unterricht war präsenter. Junge Frauen durften nicht mehr junge Burschen unterrichten und junge Burschen oder jüngere Männer durften nicht mehr junge Frauen oder Mädchen unterrichten. Diese Sachen haben sich in ihrem Schulalltag verändert. Gleichzeitig durften ihre Kinder, also ihre Töchter, auch wieder in die Schule gehen. Dann gab es zudem diese große Thematik um das Schul-Verbot für Mädchen ab der siebten Klasse, also die Oberstufe, aber auch das wurde dort aufgehoben. Allerdings war

das zum gleichen Zeitpunkt in anderen Provinzen des Landes nicht der Fall, auch in Kabul nicht. Es hat sich eben von Region zu Region stark unterschieden. Auch in Bezug auf den Universitätsbesuch junger Frauen gab es überhaupt keine Einheitlichkeit. Privatuniversitäten liefen zum Beispiel weiterhin sowohl für Männer als auch für Frauen, bei staatlichen Bildungsinstitutionen war das allerdings nicht der Fall, zumindest nicht bei allen. Und auch das hat sich wohl mittlerweile wieder geändert. In diesem Kontext tut sich jeden Tag etwas. Grundsätzlich denke ich aber schon, dass nun generell viele junge Frauen einfach um einiges pessimistischer geworden sind, was ihre Zukunft in diesem Land unter diesem Regime betrifft.

Ansonsten muss man bezüglich Zugang zu Gesundheit und diese ganzen Dingen auch noch bedenken: all das bricht ja aktuell aufgrund der bestehenden Sanktionen gegen das Land, die hauptsächlich die durchschnittliche Bevölkerung treffen und nicht die Taliban, sowieso immer mehr in sich zusammen. Und man muss auch die Tatsache in Betracht ziehen, dass viele, viele Schulen, auch viele Mädchenschulen in Afghanistan in den letzten zwei Jahrzehnten eigentlich nur auf dem Papier existiert haben. In diesem Kontext sprach man immer wieder von sogenannten „Geisterschulen“, die von korrupten Offiziellen errichtet wurden, um ausländische Gelder zu akquirieren. Diese Gelder flossen in die Taschen dieser Offiziellen. Wenn man da im Antrag nochmal betonte, dass es eine Mädchenschule sei, dann floss das Geld gleich noch schneller. All diese Dinge sind passiert und lassen sich nicht innerhalb von sechs Monaten komplett ausradieren oder korrigieren, auch wenn nicht die Taliban sondern, von mir aus, die liberalste Regierung der Welt an der Macht wäre. Das sind Sachen, das sind Entwicklungen, die in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben und die einfach sehr, sehr schwer zu korrigieren sind. Und die gegenwärtigen Umstände machen das noch um einiges schwieriger.

Katja Mielke: Im Chat war auch eine Frage zu den Beamtenposten von Frauen und ob die Taliban diese nicht dringend benötigen, wenn sie das Land wieder aufbauen wollen? Diese Frage spielt auch so ein bisschen rein, in die Frage, ob die Taliban Frauen jetzt als gleichwertig ansehen oder nicht? Auch da verhalten sie sich sehr ambivalent, denke ich. Und ich führe das auf diesen Gegensatz zwischen den Orthodoxen und den Pragmatikern zurück. Jeder Talib ist Sohn einer Mutter und hat eine Schwester und so weiter. Und wie Herr Feroz auch schon sagte, diese neueren Studien zu den Einstellungen, die beispielsweise die Talibs in Doha, im Exil oder auch in Pakistan entwickelt haben, auch was die Freiheiten ihrer weiblichen Familienangehörigen betrifft, geben durchaus ein ganz anderes Bild, ein neues, das vielleicht auch ein bisschen Hoffnung aufkommen lässt. Aber sie sind gleichzeitig auch konfrontiert mit jenen Talibs, die auch großen Einfluss haben, die nie aus Afghanistan rausgekommen sind und immer noch in der Idealvorstellung des paschtunischen Dorfes von 1975 verhaftet sind. Aber nach meiner Kenntnis arbeiten Frauen aktuell im Gesundheits- und auch im Bildungsministerium sowie auf dem Flughafen in Kabul Seite an Seite mit Männern.

Emran Feroz: Ja, das ist eine ziemlich ambivalente Entwicklung. Und wie Sie gesagt haben, man muss halt aufpassen, dass man diese Akteure nicht komplett entmenschlicht und sie von allem abkoppelt und die Taliban als menschenfressenden Monster betrachtet. Am Ende des Tages hat eben auch jeder von denen eine Mutter oder eine Frau oder eine Schwester. Aber natürlich gibt es einfach ideologische Unterschiede, Unterschiede, was die gesamte Weltanschauung betrifft. Oft wird das auch, ein bisschen frech von gewissen Taliban offiziellen „gechallenged“.

Ein Taliban-Offizieller wurde zum Beispiel in Norwegen während eines Interviews mit der Deutschen Welle gefragt, warum die Taliban das Frauenministerium abgeschafft haben und die Gegenfrage von ihm war: „Gibt es bei Ihnen denn ein Frauenministerium?“ Also derartige Annahmen werden dann seitens der Taliban oft auch „gechallenged“, manchmal treffen sie aber natürlich auch direkt in eine Wunde, die da ist.

Auch diese moralische Deutungshoheit, die man meiner Meinung nach oft von Seiten westlicher Akteure verspürt, ist halt sehr unglaubwürdig geworden. Ich glaube, es war Taliban-Sprecher Mudschahid, der ganz zu Beginn der Machtübernahme der Taliban in Kabul meinte: „Was ist denn genau das Argument des Westens, weshalb Sie nicht mit uns zusammenarbeiten wollen? Ist es unsere Gesetzgebung? Was ist das Problem? Weil wenn es um Gesetze und solche Sachen geht und um Hinrichtungen und drakonische Strafen, dann frage ich mich, wieso überhaupt alle so eng mit Saudi-Arabien zusammenarbeitet, wo eigentlich jeden Freitag Hinrichtungen stattfinden auch sehr viel mehr als in Afghanistan während des gesamten Taliban Regimes.“ Und das stimmt halt leider. Es sind solche Situationen, wo die Taliban mit so einer Rhetorik dann eben nicht nur bei manchen Afghan-innen punkten, sondern mittlerweile auch bei Leuten im Westen, die sagen: „Hey, eigentlich stimmt das, was der sagt.“ Und das ist halt etwas, was man da immer wieder mitberücksichtigen sollte.

Wie sieht die Situation verwestlichter Personen aus? Wie wird mit Rückkehrer-innen, die eventuell schon seit längerer Zeit wieder im Land sind, umgegangen? Stehen diese Personen unter Generalverdacht?

Emran Feroz: Bezüglich abgeschobener Geflüchteter: Ich weiß noch, ziemlich genau vor einem Jahr war ich in diesem Abschiebehotel in Kabul, im Spinzar-Hotel, wo Abgeschobene aus Österreich, aus Deutschland, aus dem Iran usw. verweilen. Und ja, das war schon ein ziemlich trister Alltag, den diese Menschen dort erlebt haben, unter anderem auch weil einfach bei Verwandten oder Freunden oder Bekannten in Afghanistan diese Annahme im Raum steht, dass nur Kriminelle abgeschoben werden und, dass die Person eben selbst für ihr Schicksal verantwortlich sei. Gleichzeitig hatten viele dieser Personen auch Suchtprobleme, psychische Erkrankungen, Depressionen, Angstzustände. Viele dieser Menschen, zumindest jene, mit denen ich in Kontakt bin, leben weiterhin im Land und versuchen den Taliban nicht aufzufallen. Wie gut ihnen das gelingt oder nicht, hat oft auch mit dem sozioökonomischen Hintergrund der Person zu tun. Je mehr Verbindungen, Gemeinschaften, familiäre Gemeinschaften, Dorfgemeinschaften usw. präsent sind, umso einfacher fällt es denen dann, eben nicht als verwestlicht zu gelten und nicht aufzufallen. Aber es gibt viele, denen das sehr schwerfällt, weil es in vielerlei Hinsicht einfach auch nicht leicht möglich ist und weil viele ihre Ansichten eben auch komplett verändert haben, seien es religiöse Ansichten oder auch gesellschaftliche Ansichten. Und je mehr man auffällt, umso problematischer wird es.

Katja Mielke: Es gab im Chat auch eine Frage zu westlicher Kleidung und da habe ich wiederum auch von Freunden gehört, dass es schon durchaus wieder junge Männer gibt, die sich auch in Jeans auf die Straße trauen. Das mag eine Art Provokationsversuch sein, um auf diese Weise kleine Freiheiten durchzusetzen. Und ich glaube, was man aktuell in Bezug darauf, wie rigoros Taliban-Sicherheitskräfte auf lokaler Ebene vorgehen, beobachten kann, ist, dass das wirklich sehr stark von den einzelnen Personen abhängt. Auch in diesem New York Times Artikel, den

ich vorhin schon erwähnt habe, ging es darum, dass eine männliche und eine weibliche Person, die offensichtlich nicht verheiratet waren, gegen Abend noch zusammen unterwegs waren. Da gab es dann erst einmal einen internen Austausch unter den Talibs, wie man sich denn jetzt denen gegenüber verhalten soll. Der, der das Paar einfach gehen lassen wollte, konnte sich nicht durchsetzen. Die Konsequenz war, dass die anderen beiden Talibs den jungen Mann mitgenommen und geschlagen haben, um ihn dann wieder gehen zu lassen, praktisch als Verwarnung. Also das sind Beispiele, und in diesem Fall noch glimpfliche Sachen, wo wir noch nicht über eine systematische Verfolgung reden. Ich glaube, weder Herr Feroz noch ich können aktuell tatsächlich ein Bild geben, das repräsentativ ist. Der aktuelle Einblick ist wirklich sehr heterogen.

Müssen ehemalige Kommandanten nicht-paschtunischer, insbesondere schiitischer, Mudschaheddin-Milizen und ihre Angehörigen Verfolgung durch die Taliban befürchten?

Emran Feroz: Bei diesen ganzen Mudschaheddin-Milizen, ob paschtunisch oder nicht-paschtunisch, da ist es so: Diese Strukturen der ganzen Warlord-Milizen der letzten 20 Jahre waren extrem korrupt. Die haben sich massiv bereichert, haben ihre Paläste errichtet, sei es in Kabul, in Dubai - oder auch in der Türkei, weil Dostum erwähnt wurde, der dort viele Immobilien besitzt. Und ja, viele Menschen in Afghanistan, nicht nur die Taliban, sondern viele andere Menschen Afghanistans bringen diese Akteure mittlerweile mit diesen Dingen in Verbindung. Und ja, eine Verfolgung - sobald der Vorwurf der Korruption ganz klar im Raum steht oder sobald Landenteignungen, die zahlreich stattgefunden haben in den letzten 20 Jahren, im Raum stehen, denke ich schon, dass eine Verfolgung seitens der Taliban stattfindet. Wobei man da bedenken muss, dass viele dieser Akteure mittlerweile nicht mehr im Land sind.

Gibt es aktuell Hinweise auf eine kollektive Verfolgung von jungen Männern aus der Widerstandsprovinz Pandschschir?

Emran Feroz: Die Provinz Pandschschir wird hauptsächlich mit Ahmad Schah Massoud und dessen Sohn Ahmad Massoud in Verbindung gebracht und mit diesen nationalen Widerstandsgruppen, die sich unerfolgreich als Anti-Taliban-Trupp aufgespielt haben und dann eigentlich militärisch eine totale Niederlage erlebt haben. Die Nordallianz der 90er-Jahre - und das muss man aus militärischer Perspektive meiner Meinung nach einfach sehr nüchtern betrachten - war aufgrund der Ereignisse, die damals stattgefunden haben, auch des Krieges gegen die Sowjets und des Bürgerkrieges um einiges kampferprobter. Also das waren raue kampferprobte Milizen, die deshalb auch Pandschschir erfolgreich gegen die Taliban verteidigen konnten. Unter Kommandanten Ahmad Schah Massoud, einem bekannten Militärstrategen und Kommandanten, der aus militärischer Sicht mit vielen Dingen in seinem Leben erfolgreich war, ist das gelungen. Jetzt, 20 Jahre später, ist es diesen Akteuren nicht gelungen, weil es schließlich die Taliban waren, die 20 Jahre gekämpft haben, während viele der Widerstandsgruppen sich auf die faule Haut gelegt haben und sich persönlich bereichert haben, fett geworden sind und nicht mehr fit waren. Das muss man wirklich so sagen, das hat man dort auch wirklich oft beobachten können. Wenn man mit solchen Leuten unterwegs war, hat man sich oft gefragt: „Okay, du bist jetzt in einem fetten gepanzerten Jeep unterwegs und fährst mit deinen Bodyguards von einem Restaurant zum nächsten, wie willst du denn

irgendwann wirklich das Ganze verteidigen, wenn es in sich zusammenbricht?“ Und so war es dann auch, die letzten Milizen, die in Pandschschir geblieben sind, wurden entwaffnet und meines Wissens auch getötet. Pandschschir wurde dann sehr schnell von den Taliban eingenommen. Hinsichtlich der Frage, inwiefern nun wirklich eine kollektive Bestrafung von Menschen aus Pandschschir stattfindet, ist zu sagen, dass viele Menschen aus dieser Provinz, die man auch erkennt, an der Art, wie sie Dari sprechen, sofort oder mehr oder weniger sofort mit diesen Strukturen der letzten 20 Jahre in Verbindung gebracht werden. Man muss auch bedenken, dass es damals 2001-2002, als Hamid Karzai zum Präsidenten ernannt wurde, vor allem Marschal Fahim, also der Nachfolger Massouds, war, der mit seinen Milizen Kabul eingenommen und die Taliban dort entmachtet und vertrieben hat, und dementsprechend dann auch ein großes Stück des Kuchens haben wollte. Und so kam es dann, dass der Geheimdienst, das Verteidigungsministerium und so weiter hauptsächlich von Menschen aus dieser Provinz, die in diesen Warlord-Strukturen etwas zu sagen hatten, besetzt wurde. Insofern denke ich schon, dass auch seitens der Taliban noch eine gewisse Abneigung da ist. Aber ob man wirklich von Kollektivbestrafung sprechen kann, da will ich mich jetzt nicht aus dem Fenster lehnen. Also Teile meiner Familie sind aus Pandschschir und die sagen, dass das alles nicht stimmen würde und dass da online einfach viele Fake News kursieren. Ich denke, dass man da deshalb immer ein bisschen aufpassen muss. Aber grundsätzlich kann ich mir schon vorstellen, dass aus der Sicht der Taliban-Sicherheitsoffiziellen solche Personen schnell mit dem vorherigen Regime und den vorherigen Strukturen in Zusammenhang gebracht werden und dann vielleicht auch rigoros gegen sie vorgegangen wird.

Kann in Anbetracht der vorherrschenden (regionalen) Heterogenität überhaupt davon ausgegangen werden, dass bestimmte Personengruppen einer systematischen Verfolgung über Provinzgrenzen hinweg ausgesetzt sind?

Katja Mielke: Aus meiner Perspektive, gibt es diese systematische Verfolgung über Provinzgrenzen hinaus aktuell nicht. Herr Feroz hat in diesem Zusammenhang schon darauf verwiesen, dass, - wenn jemand verfolgt wird - es z.B. jene Personen sind, die in den letzten Jahren in verschiedenen Gebieten massiv Landraub betrieben haben. Viele von diesen Personen haben aber sowieso das Land bereits verlassen. Und in gewisser Weise zeigt das auch das Bestreben der Taliban, geschehene Ungerechtigkeit wieder rückgängig zu machen oder diese illegalen Aneignungen zu annullieren. Was wir aber definitiv sehen, ist eine Diskriminierung von verschiedenen Personengruppen, beispielsweise von Frauen und ganz bestimmten Berufsgruppen, die von den Taliban noch weitgehend abgestritten wird. Aber ich würde nicht so weit gehen, von systematischer Verfolgung zu sprechen.

Eine ganz andere Sache ist es aber, wenn wir auf die „Herausforderer“ der Taliban auf militärisch-legitimatorischer Ebene schauen. Bei Mitgliedern des IS könnte man vielleicht tatsächlich sagen, dass diese systematisch verfolgt werden; was schwierige Nebeneffekte hat, weil die Taliban einfach derart rigoros vorgehen, dass dadurch anscheinend auch viele Unschuldige oder eben auch Nicht-IS-Anhänger, beispielsweise quietistische Salafisten, in den Strudel der Verfolgung geraten. Das sehe ich auf jeden Fall.

Emran Feroz: Ich kann vor allem den letzten Punkt nur unterstreichen. Die afghanische Salafiyya, die es in Afghanistan schon länger gibt, ist aktuell vielen Repressalien seitens der

Taliban ausgesetzt, da diese Personen per se als IS-Anhänger abgestempelt werden. Es kam auch kurz nach der Machtübernahme der Taliban, als das gesamte Gewaltmonopol schon in ihren Händen lag, zur Tötung eines salafistischen Predigers aus Paghman in der Nähe von Kabul. Die Taliban haben sich nicht dazu bekannt, aber es liegt auf der Hand, dass dieser Prediger von den Taliban getötet wurde. Das sind so konfessionelle Details, die oft untergehen. Aber die Taliban teilen diese global-dschihadistische Auffassung des IS nicht. Und das könnte im Übrigen auch in der Zukunft eventuell ein Grund sein, warum doch mehr und mehr Akteure mit den Taliban zusammenarbeiten und die Taliban eine Form des „War on Terror“ fortsetzen. Teilweise machen sie das bereits, beispielsweise bei nächtlichen Razzien etc. Das sieht teilweise verblüffend ähnlich aus, also es ist vergleichbar mit dem, was die Amerikaner und die afghanischen Verbündeten zuvor gemacht haben. Dieses Vorgehen kann aber auch für die Taliban zum Problem werden, weil es natürlich sein kann, dass sich diese salafistischen Gemeinden, wenn sie einer Kollektivstrafe ausgesetzt bzw. kollektiv unter Verdacht gestellt werden, radikalisieren und eben tatsächlich dem IS anschließen.

Inwiefern finden aktuell Zwangsrückführung besonders gefährdeter Personen aus dem Iran und aus Pakistan statt?

Katja Mielke: Es entzieht sich meiner Kenntnis, dass es aktuell Zwangsrückführung von hochgradig gefährdeten Menschen aus dem Iran und aus Pakistan nach Afghanistan gibt oder dass diese schon stattgefunden hätten. Was es immer gibt, sind massive Deportationszahlen, Rückkehrerzahlen aus dem Iran. Das sind in erster Linie Massen an „illegalen“ Arbeitsmigranten im Iran. Pakistan hat im Vergleich dazu nur einen sehr kleinen Bruchteil an Personen tatsächlich deportiert. Als die Taliban 1996 zum ersten Mal die Macht übernommen haben, hat Pakistan, das schon zum damaligen Zeitpunkt der Afghanen sehr stark überdrüssig war, Afghanistan zu einem, wie wir sagen würden, „sicheren Herkunftsland“ deklariert, um dafür zu sorgen, dass die Afghan:innen zurückgehen könnten. Da gab es dann auch Vorfälle, in denen Afghan:innen wieder an die Grenze gebracht worden sind. Das betraf damals teilweise auch Hazara, aber es steckte keine Systematik dahinter und wurde auch nicht beibehalten. Und wie gesagt, heute entzieht sich das meiner Kenntnis.

Emran Feroz: Ich kenne den Fall eines Afghanen, der vor etwas weniger als einem Jahr aus Österreich abgeschoben wurde, kurz vor der Taliban-Machtübernahme mit seiner Familie nach Pakistan geflüchtet ist und dann nach der Machtübernahme der Taliban von Pakistan nach Afghanistan abgeschoben wurde. Er lebt mittlerweile wieder in Afghanistan, in Dschalalabad. Also es scheint Fälle von Abschiebungen zu geben, wobei da genaue Zahlen fehlen, weil das meistens über den Landweg passiert und sich daher sehr schwer beziffern bzw. im Detail überwachen lässt. Diese Person war tatsächlich auch gefährdet. In Afghanistan ist das ja leider oft der Fall, dass die Hälfte der Familie bei den Taliban sind und die andere Hälfte bei der letzten Regierung tätig war. Bei dieser Person war das eine ähnliche Konstellation. Der Vater dieser Person wurde von den Taliban getötet und jetzt befindet er sich, ziemlich verzweifelt in Dschalalabad und versucht auch nicht aufzufallen, wobei das natürlich schwierig ist. Denn auch in afghanischen Städten fällt man auf, wenn man nur ein paar Leute kennt. Es spricht sich alles schnell herum.

Inwiefern droht Zwangsrekrutierung durch die Taliban bzw. Konsequenzen, wenn man sich vor Jahren der Zwangsrekrutierung entzogen hat?

Katja Mielke: Mullah Yaqoob, der Verteidigungsminister, hat verkündet, dass die Taliban vorhaben, die Armee des islamischen Emirats auf 110.000 Mann Sollstärke auszubauen. Und soweit ich weiß, haben sie Offenheit signalisiert, Beschäftigte der vorherigen Sicherheitskräfte, also vor allem was „gemeine“ Soldaten betrifft, weiterhin zu beschäftigen. Angesichts der Tatsache, dass die Taliban wahrscheinlich auch als Aufstandsbewegung annähernd so viele Leute als Kämpfer bezahlt hatten, kann ich mir vorstellen, dass es für viele Afghanen erst einmal die einzige Perspektive ist, um Geld zu verdienen. Zwangsrekrutierungen werden insofern gar nicht nötig sein. Die Sicherheitslage gestaltet sich nun anders als zuvor, als das Fußvolk der afghanischen Armee gewissermaßen verfeuert wurde. Deshalb scheint aktuell die Armeezugehörigkeit vielleicht sogar ein relativ attraktiver Posten zu sein.

Emran Feroz: In Bezug zu jenen Personen, die sich damals der Zwangsrekrutierung, also dem Dschihad-Aufruf der Taliban, entzogen haben, weiß ich auch nicht, wie mit diesen Personen aktuell vorgegangen wird. Aber bei derartigen Fragen muss man generell immer überlegen, wie sich das Regime verhalten wird, wenn es sich erst einmal mehr manifestiert hat, wenn das System gefestigter ist. Da stellt sich schon die Frage, ob dann wirklich jeder so ungeschoren davonkommt oder nicht, würde ich sagen.

Wie gestaltete sich die Situation von Atheist·innen, Apostat·innen oder Menschen, die sich weigern am religiösen Leben teilzunehmen?

Katja Mielke: Bezüglich der Nicht-Moschee-Gänger weiß ich nur von Strafen, die situativ angewendet werden, wo Personen eben auch unter Androhung von Gewalt tatsächlich in die Moschee gebracht werden oder dazu genötigt werden. Aber dass das irgendwie systematisch überwacht würde bzw. langfristig Konsequenzen hätte, das kann ich aktuell nicht beurteilen.

Wie steht es aktuell um Ausreisemöglichkeiten für Frauen, um zur Botschaft nach Islamabad zu gelangen?

Katja Mielke: Zu Ausreisemöglichkeiten kann ich sagen, dass es generell sehr schwierig ist, offiziell auszureisen, weil meiner Kenntnis nach schon Ende des letzten Jahres der Geldbetrag, um ein Visum für Pakistan zu bekommen im vierstelligen Dollar-Bereich lag - obwohl Visa ja eigentlich kostenlos sind. Aber um überhaupt erst einmal Zugang zur Visa-Beantragung über irgendwelche Mittelsmänner zu bekommen, wurde eben bereits ein derartiger Betrag gefordert. Der Hintergrund ist der, dass Pakistan in den letzten Jahren die Grenze massiv dicht gemacht hat, durch Zaunbau und eben die Einführung dieses stringenten Visa- und Pass-Regimes. Auf der anderen Seite gibt es natürlich nach wie vor die Möglichkeit den Grenzübergang über Kandahar-Spin Boldak zu nehmen, den viele Afghan·innen aus Pakistan nehmen können, um Afghanistan zu besuchen. Aber für jemanden, dem man wahrscheinlich auch ansehen wird, dass er nicht einer dieser Afghanen ist, die schon lange in Pakistan leben, ist es natürlich um einiges schwieriger, dort die Grenze zu überqueren; wenn man sich dort nicht auskennt, nicht weiß, wem man das Bakschisch geben oder wen man kontaktieren kann. Die lokale Bevölkerung in den Dörfern an der Grenze ist, soviel ich weiß, involviert, wenn es

darum geht, dass Personen ohne Papiere über die Grenze gehen können. Alles in allem ist es um die Ausreisemöglichkeiten nach Pakistan also sehr schwierig bestellt. Und wie immer braucht man eine Person, die einem Zugang verschaffen kann, und das entsprechende Kleingeld. Also das ist zumindest das, was ich von Bekannten weiß.

Emran Feroz: Ich habe dem eigentlich nicht viel hinzuzufügen. Es ist generell schwer nach Pakistan zu gelangen, wobei, ich denke, dass es für Frauen mittlerweile fast unmöglich ist, allein, ohne männliche Begleitung, diese Strecke von Kabul über Spin Boldak nach Pakistan zurückzulegen. Das ist denke ich auch etwas, auf das auch geschaut wird seitens vieler Taliban-Fußsoldaten.

Werden in Afghanistan aktuell Reisepässen ausgestellt?

Emran Feroz: Das ist auch ein guter und wichtiger Punkt. Soweit ich weiß wurde die Ausstellung von Reisepässen in der letzten Woche vorerst eingestellt. Ich weiß nicht, ob es Probleme gibt, was die Ressourcen betrifft, also hinsichtlich des Druckens der Pässe. Das spielt sicher auch eine Rolle. Aber was hier generell zu bedenken ist und was auch eine problematische Entwicklung ist, ist, dass es schon vor der Rückkehr der Taliban extrem schwierig war beim Passamt in Kabul einen Pass zu bekommen. Der Pass hat pro Person ungefähr zwischen 70 und 100 Dollar gekostet. Also für eine ganze Familie ist die Passausstellung mit hohen Kosten verbunden gewesen. Zusätzlich war immer auch ein bisschen Schmiergeld zu bezahlen. Aber dieses Schmiergeld ist mittlerweile extrem in die Höhe geschossen. Ich habe dazu ein bisschen recherchiert und habe von mehreren Personen gehört, dass ein einzelner Pass zum Teil zwischen 600 und 1000 Dollar kostet. Das sind inmitten dieser humanitären Katastrophe und der Bargeldknappheit, die in Afghanistan vorherrscht, immense Kosten. Und hier stellt sich die Frage: Wurde dieses Organ jetzt vielleicht sogar noch korrupter als vor der Taliban-Zeit? Der offizielle Talib, der dort das Sagen hat, also der Chef vom Passamt, hat, glaube ich, vor zwei Wochen auch diesbezüglich ein Interview gegeben. Der ist übrigens auch ein Haqqani und hat gemeint, dass jede bewiesene Korruption hart bestraft werden würde und dass man die korrupten Beamten schon rausgeschmissen habe. Das scheint aber eine ganze Kette von korrupten Beamten zu sein. Und für mich persönlich ist es sehr fragwürdig, dass dieser Typ davon anscheinend nichts mitbekommt oder eben doch mittlerweile selbst davon profitiert. Um auf die Frage zurückzukommen: ja, Dokumente wurden auf jeden Fall bis zum Ende der letzten Woche ausgestellt, allerdings verbunden mit extrem hohen Kosten. Zudem hat man eigentlich auch oft „Vitamin B“ und so weiter gebraucht, um irgendetwas zu bekommen. Ich kenne Leute, die warten seit 6 Monaten auf ihren Pass.

Katja Mielke: Da war jetzt gerade noch eine Wortmeldung zur Ausreisesteuer: von einer derartigen Steuer habe ich persönlich nichts gehört. Ich habe allerdings gehört, dass gestern und wohl auch in den nächsten Tagen mehrere Busse Kabul Richtung Pakistan verlassen haben. Diese Ausreise ist organisiert, ich weiß nicht, ob auch dort an irgendeiner Stelle Geld gezahlt werden muss.

Im Text erwähnte weiterführende Quellen

- ACLED – Armed Conflict Location & Event Data Project: ACLED’s Afghanistan Coverage: Adapting Sourcing Strategy in an Evolving Context, 16 March 2022
<https://acleddata.com/2022/03/16/acleds-afghanistan-coverage-adapting-sourcing-strategy-in-an-evolving-context/>
- AI – Amnesty International, FIDH – International Federation for Human Rights, OMCT – World Organisation Against Torture: The fate of thousands hanging in the balance: Afghanistan's fall into the hands of the Taliban [ASA 11/4727/2021], September 2021
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2060589/ASA1147272021ENGLISH.pdf>
- CRS – Congressional Research Service: Taliban Government in Afghanistan: Background and Issues for Congress, 2. November 2022
<https://crsreports.congress.gov/product/pdf/R/R46955>
- HRW – Human Rights Watch: “No Forgiveness for People Like You”; Executions and Enforced Disappearances in Afghanistan under the Taliban, November 2021
https://www.ecoi.net/en/file/local/2064577/afghanistan1121_web.pdf
- NYT – New York Times: On Patrol: 12 Days With a Taliban Police Unit in Kabul, 28. Jänner 2022
<https://www.nytimes.com/2022/01/28/world/asia/afghanistan-taliban-kabul-shiites.html>
- SIGAR – Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction: Quarterly Report to the United States Congress, 30. Jänner 2022
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2068364/2022-01-30qr.pdf>
- The Times: Afghanistan’s ‘disappeared’ women: an arrest by the Taliban, then a bullet-riddled body, 27. Jänner 2022
<https://www.thetimes.co.uk/article/afghanistans-disappeared-women-an-arrest-by-the-taliban-then-a-bullet-riddled-body-zxh3jql37>

Anhang: Folien zum Vortrag von Katja Mielke

Afghanistan – Update: Akteure und aktuelle Lage

COI-Webinar, 22 February 2022

Referentin: Dr. Katja Mielke

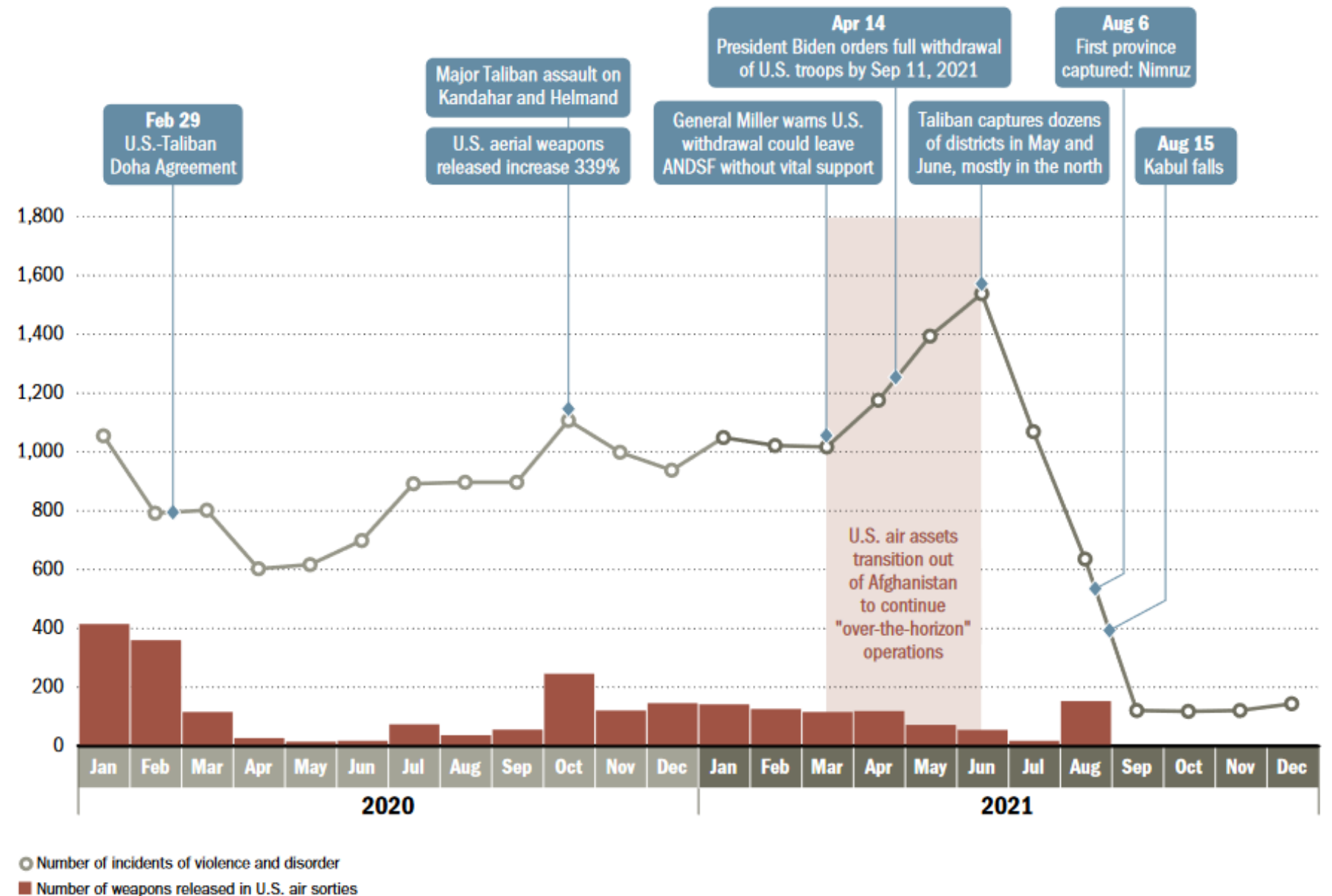
Übergangsregierung

- Staatsform: Emirat > Islamisches Emirat von Afghanistan (IEA)
- bislang keine internationale Anerkennung
- Internationale Sanktionen sind auf IEA übergegangen
- Kabinett: 53 Männer, politisch-ethnisch-gender-exklusiv (TB-intern ,inklusiv'?)
- Dilemma: Posten vs. Qualifikationen

Quelle: CRS 2021, S. 11



Sicherheit



Quelle: SIGAR 2022, S. 70 (ACLED-Daten).

Gewalt

... gegen Zivilisten, ehem. Staatsbedienstete, Menschenrechtler, Frauen...

- HRW vs. TB und USDoS
- IEA-Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen

... gegen Taliban

- Zunahme von Anschlägen gegen Taliban-Sicherheitskräfte

... gegen Aufständische

- Spezialkräfte der Taliban („Rote Einheiten“) führen Säuberungen in eigenen Reihen durch, bekämpfen ISK > Counter-Terrorismus-Methodik von US-/GoA-Spezialkräften?

Opposition?

- **Anti-Taliban-Front**

„Nationale Widerstandsfront AFG“
Ahmad Masoud, Ismail Khan et al.

Kontakte, Gerüchte
Frühjahrsoffensive geplant?

- **Islamischer Staat Khorasan**

Sammelbecken für unzufriedene
Taliban und ehemalige GoA
Sicherheitskräfte ?

Feindbild Schiiten und Regierung/
Taliban

Regierungsführung als Herausforderung

- notwendige Transformation von Aufstands- und Kampfbewegung zu Regierung mit politischer Programmatik
- interne Konflikte: Zentralstaat vs. dezentrale Autoritätsausübung, Ulama vs. Politiker („orthodoxe vs Pragmatiker“)
- humanitäre Krise
- Internationale Zusammenarbeit (Schulzugang, Korruption)

Regionaler Kontext



Quelle: CRS 2021, S. 24

Source: Created by CRS. U.S. Department of State and ESRI.

Haben die Taliban sich verändert?

Kontinuitäten

1. Konsistenz der Positionen und Forderungen:
 - keine äußere Einmischung
 - keine vom Ausland beeinflusste Regierung
2. Afghanische Bewegung: nationalistisch/ identitär
3. Für Respektierung gegenseitiger Souveränität im internationalen System

Wandel

1. Diplomatische Erfahrung
2. Nutzung/ Umgang mit Medien
3. Umgang mit Hilfsorganisationen und Einstellung EZ

Unklar

1. Gewaltakte und Repressionen
2. Rechte von Frauen und Mädchen
3. Drogenwirtschaft
4. Rolle Pakistans
5. Ideologische Ausrichtung/
Überschneidung mit AQ und IS(K)